:antifaschistische nachrichten

Nr. 19

g 3336 19.9.2013 29. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

CSU-„Hilfstruppe" mobilisiert

Hamburg/München. „Die Deutschen Konservativen" um ihren bereits wegen „Volksverhetzung verurteilten Vorsitzenden, dem früheren „Bild"-Redakteur Joachim Siegerist, mobilisiert im bayrischen Landtagswahlkampf zur Wahl der CSU. „Nur die Bayern können Rot/Grün in Berlin verhindern", heißt es in einer Anzeige, die der rechte Verein „in mehreren bayerischen Zeitungen" veröffentlichen will. Dabei bekennt der Verein, der aus der „Bürgeraktion Demokraten für Strauß" hervorgegangen ist, ganz offen „ein „Kind" von Franz Josef Strauß" zu sein. „Mit 1000 D-Mark aus der Privat-Schatulle von Franz Josef Strauß" habe man 1980 in München als „Konservative Aktion" angefangen, heißt es in der Anzeige. Der Verein hofft nun auf Spenden, um die „rund 55 000 Euro" teure Kampagne für die CSU finanzieren zu können.

hma ■

„Compact"-Konferenz in Leipzig

Leipzig. Die Zeitschrift „Compact" um Jürgen Elsässer will am 23. November 2013 ihre zweite „Konferenz für Souveränität" unter dem Motto „Werden Europas Völker abgeschafft? Familienfeindlichkeit, Geburtenabsturz und sexuelle Umerziehung" in Leipzig durchführen. Als Referenten auf der Konferenz werden u.a. Thilo Sarrazin, Eva Herman, Peter Scholl-Latour, langjähriger Autor und Interviewpartner der „Jungen Freiheit", Norbert Geis, CSU-Bundestagsabgeordneter und „Junge Freiheit"-Kolumnist, der Publizist Ulrich Schacht, der britische Journalist John Laughland und die Publizistin Béatrice Bourges angekündigt. Letztere soll „über den Volkswiderstand gegen die Schwulenehe in Frankreich" berichten. Die Konferenz soll in Kooperation mit dem Pariser „Institut de la Démocratie et de la Coopération" (IDC) von 9-19 Uhr in einer Konferenzhalle neben dem Leipziger Globana-Airport-Hotel stattfinden. Die Eintrittsprei-

Fortsetzung Seite 2 unten

Aus dem Inhalt:



Am 31.8.2013 gab es in Dortmund vielfältigen und lauten Widerspruch gegen rechte Hetze Foto: K.R.

Nah am „Trio", näher am „Verfassungsschutz"

NSU-Untersuchungsausschuss (von Kertin Köditz, DIE LINKE)

Er habe „fast gar keine Informationen" von den Verfassungsschutz-Ämtern in Thüringen und Sachsen erhalten – so beklagte sich Montag der Thüringer Zielfahnder Wunderlich, der von 1998 bis 2001 vor allem in Sachsen nach dem „Trio" suchte, über den aus seiner Sicht mangelnden Informationsaustausch. Es war bereits die zweite Befragung Wunderlichs im Untersuchungsausschuss „Neonazistische Terrornetzwerke in Sachsen", der sich vor allem der Frage widmet, warum Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt nach dem Untertauchen in Sachsen nicht gestellt werden konnten. Der Verlauf der Befragung änderte das Bild grundlegend.

Sächsisches „Startkapital" für den NSU

Das Zielfahndungskommando des Thüringer Landeskriminalamtes (TLKA), dem Wunderlich angehörte, hatte nämlich durchaus heiße Spuren: Ab August 1998 – bereits ein halbes Jahr nach dem Untertauchen des „Trio" – begann eine Telefonüberwachung gegen die Chemnitzer Neonazis und damaligen „Blood & Honour"-Größen Jan W., Thomas S. und Hendrik L. Wie man auf diese Namen gekommen sei? Der Zeuge geht in sich, dann sagt er überraschend: Die Namen kamen von einer Verfassungsschutz-Behörde, denen W., S. und L. aufgefallen seien, weil sie bei Neonazi-Konzerten Spenden für das „Trio" gesammelt haben sollen.

Diese Information ist neu – noch bei der ersten Befragung im sächsischen Ausschuss hatte Wunderlich angegeben, die Hinweise auf Chemnitz seien eher ein „Gefühl" gewesen. Nun scheint es vielmehr so, als sei die entscheidende Chemnitz-Spur von Anbeginn verschleiert worden: In den Anträgen aus dem Jahr 1998, mit denen die anschließenden Telefonüberwachungen des TLKA begründet wurden, ist nämlich – demnach nicht ganz zutreffend – von polizeilichen Ermittlungsergebnissen die Rede. Vom Spendensammeln nicht, auch nicht vom „Verfassungsschutz".

Heute gehen Ermittlungsbehörden davon aus, dass Jan W. versucht habe, dem

→

„Trio“ Waffen zu besorgen. Gegen Thomas S., der Ende 2000 als Spitzel für das Berliner Landeskriminalamt angeworben wurde, wird nunmehr ermittelt, weil er dem NSU klandestine Unterkünfte vermittelt haben soll. Und Hendrik L. soll zumindest Kontakt zu Uwe Mundlos gehalten und ein von ihm gestaltetes T-Shirt-Motiv gedruckt haben. Wenn es stimmt, dass diese mutmaßlichen Unterstützer außerdem Spenden gesammelt haben, wirft das ein neues Licht auf die Frage, wie der NSU das Leben im „Untergrund“ finanziert hat: mit „Startkapital“ der sächsischen „Blood & Honour“-Sektion.

Auf dem Schoß des VS?

Erst auf explizite Nachfrage der Ausschussmitglieder schilderte Wunderlich, wie er sich – ebenfalls 1998 – mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) getroffen hat. Das sei aber „unbewusst zustande gekommen“ und habe sich „durch Zufall ergeben“. Erkannt haben will Wunderlich die Geheimdienstler aus Köln, die übrigens mit einem eigenen Observationstrupp und einem Flugzeug (!) nach Thüringen gekommen waren, am Dialekt und ihren nicht so konspirativen Autokennzeichen.

Dem jüngst veröffentlichten Abschlussbericht des Bundestags-Untersuchungsausschusses ist zu entnehmen, dass das BfV wusste, welche Neonazis durch das TLKA überwacht werden und dass dadurch eine Enttarnung des brandenburgischen V-Mannes „Piatto“ (Carsten Sz.) droht. Hatte sich das auch „durch Zufall ergeben“? Wunderlich bestritt, dahingehende Absprachen mit dem BfV getroffen oder gar von der Top-Quelle „Piatto“ gewusst zu haben. Allerdings fiel Wunderlich bei der Überwachung gegen Jan W. das von „Piatto“ genutzte Handy des brandenburgischen Innenministeriums auf. Die Spur ist versandet.

Wunderlich räumte ferner ein, an einer Observation des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz (TLfV) teilgenommen zu haben – ein angesichts des Trennungsgebotes ungewöhnlicher bzw. gewöhnlich gar nicht erlaubter Vorgang. Andere Zeugen, die damals beim TLfV arbeiteten, hatten zuvor angegeben, dass Wunderlich bei noch mehr Maßnahmen dabei gewesen sei.

Zu diesen Maßnahmen gehörte die Anwerbung der Informantin Juliane W. alias „Jule“, der damaligen Freundin des heute in München angeklagten Ralf Wohlleben. Im Ausschuss schilderte Wunderlich nun, wie sich diese Anwerbung abspielte, und wo: in seinem Dienstwagen, in dem der Frau auch gleich 200 DM übergeben wurden. Danach will er mit „Jule“ nichts mehr zu tun gehabt haben. Kürzlich hatte aber ein ehemaliger V-Mann-Führer aus Thüringen im dortigen Ausschuss angegeben, dass „Jule“ eine gemeinsame Quelle von TLKA und TLfV gewesen sei.

Das sind eher verstörende Details, die vor allem nicht mit der Behauptung Wunderlichs zusammenpassen, von den VS-Behörden „fast gar keine Informationen“ erhalten zu haben. Gingen solche Informationen, die es angeblich nicht gab, womöglich auch weiteren Ermittlungsschritten des TLKA voran? Angesprochen auf die Telefonüberwachung gegen zwei weitere Männer aus dem Raum Chemnitz im Jahr 1998 kann sich Wunderlich überhaupt nicht erinnern. Damals hielt man diese beiden Männer aus Gründen, an die sich bisher niemand erinnern mochte, für Unterstützer des „Trio“. Nach heutigem Informationsstand ist davon auszugehen, dass in diesem Falle zwei Unschuldige verfolgt wurden. Ein Vorgang, der Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit des Vorgehens nährt.

Aktenvernichtung der anderen Art

Im Jahr 2000 führten Spuren, deren Herkunft – man muss es kaum mehr sagen – auch nicht geklärt sind, in die Chemnitzer Bernhardstraße, zum Wohnhaus der Mandy S. Heute wird davon ausgegangen, dass das „Trio“ bereits 1998 bei ihr nach einer Bleibe gesucht haben soll. Fest steht auch: Zschäpe nutzte fortan den Name Mandy S. zur Tarnung. Bei einer Observation im Mai 2000 entstand vor der Bernhardstraße gar ein Foto, darauf zu sehen: Ein Mann, den das BKA damals mit einer Wahrscheinlichkeit von immerhin 90 Prozent für Uwe Böhnhardt hielt.

Um das zu prüfen, wurden Mandy S. und ihr damaliger Freund Kai S. – beide in der rechten Szene aktiv – im Oktober 2000 durch Wunderlich und sächsische Kollegen während einer weiteren Observation angesprochen. Mandy S., so erinnert sich der Zeuge, habe beteuert, dass auf dem Bild nicht Böhnhardt zu sehen sei. Warum man ihr das abgenommen habe? Der Zeuge denkt kurz nach, dann sagt er: „Könnte trotzdem sein, dass es Böhnhardt ist, aber die Wahrscheinlichkeit ist sehr gering.“ Tatsächlich wurde der Verdacht damals nicht ausgeräumt – vielmehr stand die Einschätzung des BKA gegen die Aussage einer Nazistin.

Interessant: Am Tag, als Mandy S. befragt wurde, lief eine Observation des Mobilen Einsatzkommandos (MEK) Chemnitz. Während der Befragung wurde die Observation unterbrochen – ein Vorgang, den ein damals beteiligter MEK-Beamter dem Ausschuss gegenüber als völlig ungewöhnlich und in seiner langjährigen Erfahrung als „einmalig“ bezeichnet hat. Wunderlich dagegen sieht darin nichts Ungewöhnliches; nicht ungewöhnlich gewesen sei auch, dass man nicht eingegriffen habe, als kurz nach der Ansprache Kai S. einen Karton mit unbekanntem Inhalt zu einer Garage bringt und dort auf einem Grill verfeuert.

Für ein Eingreifen sei es da ja auch schon zu spät gewesen, bemerkt Wunderlich. Nach Unterlagen des Ausschusses dauerte diese womöglich erste Aktenvernichtung im NSU-Komplex ganze 20 Minuten. Die Polizei schaute zu. Mitbekommen haben die Observanten auch, wie sich Kai S. zu einer Telefonzelle begab. Laut Wunderlich sei es Ziel der ganzen Maßnahme gewesen, mitzubekommen, mit wem nun Kontakt aufgenommen, wer vielleicht gewarnt wird. Mit wem hat Kai S. also gesprochen? An dieses entscheidende Detail erinnert sich der Zeuge nicht. Damals eingeholte Verbindungsdaten der Telefonzelle fehlen in den Akten.

Die nächste öffentliche Zeugenbefragung findet voraussichtlich am 18. Oktober statt. Geladen sind dann zwei Beamte des Chemnitzer Staatsschutzes.

11.9.2019 ■





Köditz

http://www.kerstin-koeditz.de

---

se für die Konferenz bewegen sich in der Spanne von 35 Euro für Frühbucher bis zu 400 Euro für „VIP-Gäste“. „VIP-Tickets“ beinhalten ein „Vorabendessen mit den Referenten der Konferenz und dem Compact-Team“ und den „Eintritt zur Aftershowparty“. Im Zusammenhang mit dem geplanten Auftritt Sarrazins auf der „Compact“-Konferenz hat der Vorsitzende der SPD in Schleswig-Holstein, Ralf Stegner, dem früheren Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin den Austritt aus der SPD nahegelegt. „Solche Veranstaltungen von Ewiggestrigen sind Propagandaforen gegen Fortschritt und Menschenwürde. Sozialdemokraten haben da nichts verloren. Ich bleibe dabei, dass Thilo Sarrazin sich und der SPD einen großen Gefallen täte, wenn er austritt und zu einer Rechts-Partei wechselte, die für Intoleranz steht und somit viel besser zu ihm passt als die SPD.“ Mit solchem „Ungeist“ wie auf dieser Veranstaltung dargeboten, wolle die SPD nichts zu haben. „Die Teilnehmer verdienen nur Verachtung“, so Stegner gegenüber dem „Handelsblatt“ (06.09.2013). Sarrazin wird in der aktuellen Ausgabe von „Compact“ nebst Bernd Lucke von der „Alternative für Deutschland“ interviewt.

hma ■

Eine Frage der Gerechtigkeit – Strafverfolgung von NS-Verbrechern

Prozessbeginn in Hagen:
Der 92-Jährige Siert Bruins muss sich wegen der Ermordung eines niederländischen Widerstandskämpfers 1944 verantworten. Die „Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen“ Ludwigsburg will nun nachlegen. Ermittelt wird gegen 30 ehemalige KZ-Aufseher des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau. Nun, nach knapp 70 Jahren, zeigt die deutsche Justiz langsames Interesse an der Strafverfolgung.

Im August 2013 veröffentlichte „neues deutschland“ eine Kolumne von Ulrich Sander, dem Bundessprecher der VVN-BdA, mit dem Titel „Strafe auch für Täter der Wehrmacht“. Darin schreibt er: „Die „Operation Last chance“ könnte nun Abhilfe bei straflosen NS-Verbrechen und zur Wiederherstellung der Nürnberger Normen schaffen. Sie müsste allerdings alle Kriegsverbrecher einschließen. Vor Gericht gehören endlich auch die Kriegsverbrecher aus der Wehrmacht. Damit würde eine abschreckende Wirkung für Gegenwart und Zukunft erreicht.“

Bereits im Mai 2011 kam es im Prozess gegen John Demjanjuk, einem ehemaligen KZ-Aufseher von Sobibor 1943, zu einer Verurteilung von 5 Jahren Haft wegen 28 000-facher Beihilfe zum Mord und setzte damit nach jahrzehntelanger Forderung der Strafverfolgung von NS-Verbrechern den Grundstein für weitere (Ad acta gelegte) Prozesse: ein Meilenstein in der Geschichte der deutschen Justiz.


Bundesarchiv, Bild 183-R93432
Foto: o.Ang. | Dezember 1947

Dezember '47, Krupp-Prozess-Angeklagte

In einem Rückblick wird deutlich, dass viele NS-Verbrecher unbehelligt weiterleben- und auch arbeiten konnten, beispielsweise in der Justiz. Auch die bis 1979 bestehende Verjährungsfrist für Mord und Völkermord trug maßgeblich zur Prozessverhinderung bei.

Dadurch ist es Ihnen (mit) ermöglicht worden einer Strafverfolgung zu entgehen. Diese Tatsachen kritisiert die VVN-BdA aufs Schärfste und fordert seit ihrer Gründung 1947 bis heute: Gerechtigkeit für die Hinterbliebenen und Angehörigen der NS-Opfer, Prozesse gegen die NS-Verbrecher und eine rechtskräftige Verurteilung.

Der Fall Demjanjuk zeigt, dass es selbst nach 70 Jahren wichtig ist, die NS-Verbrecher vor Gericht zu stellen, denn Mord- und Beihilfe verjährt nicht.

VVN-BdA, 12.9.2013, ■

„Pro NRW“-Kundgebungstour am 5. Oktober

BOCHUM/ESSEN/DUISBURG. Die selbsternannte „Bürgerbewegung pro NRW“ will am 5. Oktober 2013 in Bochum, Essen und Duisburg Kundgebungen „gegen „Asylmissbrauch und Armutseinwanderung“ durchführen. Beginnen soll die Kundgebungstour um 11 Uhr vor dem Flüchtlingsheim in der Bochumer Fröbelstraße, Ecke Krayerstraße, der ehemaligen Hollandschule. Um 14 Uhr will „Pro NRW“ in Essen demonstrieren (Frintroperstraße, 13 Uhr, und Oslanderstraße, 14.30 Uhr) und um 17 Uhr vor dem als „Problemhochhaus“ bezeichneten Heim In den Peschen im Duisburger Stadtteil Bergheim. Um 18.30 Uhr endet die Kundgebungstour auf der Obermarxloher Straße in Duisburg.

hma ■

Hannover: Pro Deutschland vollkommen unwillkommen

Nachdem die sogenannte Bürgerbewegung Pro Deutschland am 12. September in Frankfurt und Offenbach auf geringes Interesse und großen Widerstand – wie schon in vielen anderen Städten – gestoßen war, setzte sie ihre Tour am 13. September in Hannover fort.

Dass die Rechtspopulisten ihre Auftritte von vornherein als Provokation angelegt hatten, war schon an der Auswahl ihrer Kundgebungsorte abzulesen. An den „dunkelsten Ecken Deutschlands“ wollten sie auftreten, hatten sie im Internet angekündigt und dann Kundgebungen in der Lister Meile, in der Fußgängerzone am Kröpcke, am Lindener Marktplatz, vor dem multikulturellen Veranstaltungszentrum Faust und dem linksalternativen Jugendzentrum in der Kornstraße sowie einer benachbarten Moschee angemeldet.

Beim ersten Kundgebungsort um 09.30 Uhr in der List, ein „grüner“ Stadtteil, wurde mit Riesenbuchstaben Parolen in der Fußgängerzone von Jugendlichen gemalt, gegen Rassismus und Ausgrenzung. Trotz kurzfristigem Aufruf zur Gegenaktion protestierten ca. 60 Leute gegen Pro Deutschland, die mit 7 Personen, einschließlich Aufbaupersonal, auftauchten. Der Protest war so laut, dass sich die Redner von Pro Deutschland mit ihren Hetzparolen kein Gehör verschaffen konnten. Die vielen Transparente und Plakate drückten eindeutig den Widerstand gegen diese rechten Parolen aus.

Bei der zweiten Kundgebung in der Mittagszeit am zentralen Standort in der Innenstadt hatte der DGB zum Protest aufgerufen und über 200 Leute unterstützen dies laut.

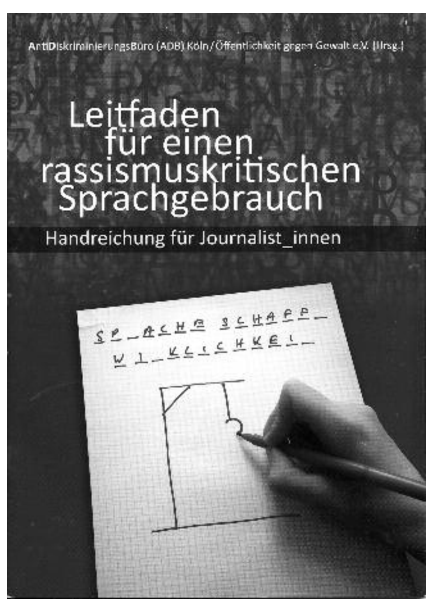
Die Geschäftsleute am Lindener Marktplatz – dem dritten Kundgebungsort, einem Stadtteil in dem viele Einwohner mit Migrationshintergrund leben – hatten ihre Läden für die Dauer des Pro-Deutschland-Auftritts geschlossen, um an den Protesten teilnehmen zu können. Im Vorfeld hatten die Geschäfte mit Plakaten auf die Schließung aufmerksam gemacht und ausdrücklich ihren Widerstand gegen die Inhalte von Pro Deutschland betont.

Aus den Fenstern der Wohnhäuser tönten aus Lautsprechern Musik, fast alle Fenster der Häuser hatten Plakate „Bunt statt Braun“ ausgehängt und mehrere Hundert Protestierende ließen die Beiträge von Pro Deutschland untergehen. Eier und Früchte flogen in Richtung des Kundgebungswagens.

Die nächste Station war das Faustgelände, ein Kommunikationszentrum, in dem sich viele Gruppen, vor allem Migrantinnen/Migranten, treffen. Die Faust-Mitarbeiter hatten ihrerseits gegenüber dem Platz, auf dem die Rechtspopulisten standen, eine Bühne für ein abwechslungsreiches Kulturprogramm aufgebaut. Auch hier protestierte eine große Zahl von Leuten und das Bühnen-programm übertönte die Propaganda von Pro Deutschland.

Der letzte Kundgebungsort war die Nordstädter Kornstrasse. Dort besetzten

Sp_ache schaff_ Wi_klichkei_



Dieser Untertitel, mit einem Galgen unterstützt, setzt auf dem Cover der Broschüre des Antidiskriminierungsbüros/Öffentlichkeit gegen Gewalt (ADB/ÖGG) die Gehirnregionen in Bewegung, die mit der Broschüre aktiviert werden sollen – und zwar in doppelter Beziehung: wie das Gehirn relativ schnell die fehlenden Buchstaben ersetzt, erwirkt Sprache durch tradierte Eigendynamik Vorstellungen, ohne dass diese direkt ausgedrückt werden. Und der ebenfalls nur angedeutete Galgen führt zu der beabsichtigten Schlussfolgerung: Sprache kann, auch unbeabsichtigt, beitragen zum Töten – und Sprache und Bilder wirken, auch getrennt, zusammen.

Wie, das erläutert Sheila Mysorekar in einem Satz in der Einleitung, der in jedem Redaktionsbüro, und nicht nur dort, über dem Tisch hängen sollte: „Ausgrenzung und Rassismus beginnen nicht erst mit der Beschimpfung, sondern bereits mit der Markierung".

Das wäre ein Anfang, Sätze wie, „das habe ich nicht gewusst", „das war doch nicht so gemeint", „die sind aber auch überempfindlich", aus der Gegenwart zu verbannen.

Dr. Sabine Schiffer vom Institut für Medienverantwortung (IMV) erläutert, dass es dabei nicht um „Political Correctness" geht, sondern um Respekt und Verantwortung. So kompliziert sich manches anhört, werden ganz einfache Prüfungsmuster angeboten „ungewollte" Markierungen zu vermeiden: wenn ich schreibe „südländisch aussehend", schreibe ich in anderen Fällen auch „nordländisch aussehend"? Wenn ich schreibe, „gebrochen Deutsch sprechend", schreibe ich im anderen Fall auch „fließend Deutsch sprechend"? Es geht darum, unbewusste Reflexe und stereotype Erwartungen, die ich mit Sprache hervorrufe, zu erkennen und bewusst zu „dekonstruieren". Das mag anfangs „konstruiert" wirken, was uns ein Gefühl dafür gibt, wie lange es dauern kann, bis die bewusste Nichtmarkierung uns so locker aus der Feder kommt, wie die so eingängig daher kommende Markierung.

Und das betrifft auch, und besonders, das Zusammenspiel von Sprache und Bild. Sollte selbst in einem kritischen Artikel versucht worden sein, den begrifflichen Zusammenhang von Terror und Islam, von Gewalt und „südländisch aussehenden Jugendlichen" zu vermeiden, wenn dann in den dazu gehörigen Bildern eine Moschee, Frauen mit Kopftüchern oder entsprechende Personengruppen auftauchen, schnappt die Markierungsfalle trotzdem wieder zu. Selbst die bewusste Dementierung kann die Markierung verstärken: „in dem Falle sind sie es zwar nicht, aber sonst eben doch meist".

Im Folgenden werden solche Erfahrungen anhand von 4 Beispielen konkretisiert: Jamie Scherer und Hadija Haruna, von der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD-Bund) schreiben „Über Schwarze Menschen in Deutschland berichten", Constantin Wagner, ebenfalls vom IMV schreibt über die „Berichterstattung über Muslim_innen und solche, die dazu gemacht werden" und Christoph Schulz von der Universität Dortmund über „Aspekte des Antiziganismus in der Medienberichterstattung. Diese drei Arbeiten mit vielen praktischen Beispielen, die niemandem von uns unbekannt sind, werden ergänzt durch eine lesenswerte Historie der Entstehung der besprochenen Stereotype: die bis heute wirksamen Sprachbilder des europäischen Kolonialismus, der seit dem 11. Jahrhundert, dem Zeitalter der Kreuzzüge, christlich geprägte antimuslimische Rassismus und die in der europäischen Geschichte geprägten „Zigeuner_innenbilder und ihre aktuelle politische und journalistische Verwendung.

Die Texte werden ergänzt durch das Kapitel „Von kriminellen Banden und orientalischen Meilen" von David Christopher Stoop, Alina Hasenburg, Hannah-Sophie Schüz und Martin Wittenberg von der Uni Köln und Lisa Katharina Weigel von der FH über die Medienberichterstattung zum Bombenanschlag des NSU in der Kölner Keupstraße. „Soko Halbmond", „Soko Bosporus" verdeutlichen den festsitzenden amtlichen Rassismus, wie das von Journalisten geprägte Unwort des Jahres 2011 „Dönermorde" die eingängige Selbstverständlichkeit eines rassistischen Journalismus.

Gerade dass diese Arbeiten als ein leicht zu transportierendes und auch in der Bahn gut zu lesendes 50-seitiges Heft mit gutem Literaturverzeichnis erschienen ist, ist geeignet zu einer intensiven Nutzung und Verbreitung. Ich wünsche ihm eine Millionenauflage.

Pb ■

Bezug: Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V., Berliner Straße 97-99, 51063 Köln, 0221.96476300, www.oegg.de

---



rund 300 Gegendemonstranten den Platz, auf dem Pro Deutschland seine Kundgebung abhalten sollte. Darüber berichtet ein Teilnehmer: „Wir waren um 17:00 Uhr da. Mit uns ca. 300 Demonstranten.

Es war von der Korn ganz nett gemacht, die Zugänge zur Kornstraße waren mit großen Transparenten bespannt und Sofas blockierten die Kreuzung zum Kundgebungsort. Polizei war in Massen vertreten, hat dann in Richtung Paulstraße eine Kette gebildet. Sah zuerst aus, als wollten sie räumen, in Wirklichkeit hatten sie „Pro Deutschland" einen anderen Kundgebungsort zugestanden, nämlich an der Kreuzung Paulstraße. Dieser war hermetisch abgeschirmt, so dass von den Nazis fast nichts zu sehen und zu hören war. Die Stimmung an der Korn war aber trotzdem gut".

Dass Pro Deutschland mit ihrer Hetze „Zuwanderung stoppen – Islamisierung verhindern" unerwünscht war haben die Gegenaktionen – obwohl sehr kurzfristig geplant – eindrucksvoll gezeigt.

Bee ■

NSU-Prozess:

Einseitige Ermittlungen auch in HH

Anlässlich der Vorstellung des Abschlussberichtes des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundes erklärte die SPD-Obfrau Eva Högl das Versagen der Behörden beruhe zum großen Teil auf „routinierten, oftmals rassistisch geprägten Verdachts- und Vorurteilsstrukturen in der Polizei". Ein großer Teil der NebenklägeranwältInnen im NSU-Prozess kommentierte, institutioneller Rassismus, ihrer Ansicht nach das größte Problem, mit dem der Ausschuss sich hätte befassen sollen, sei im Bericht weitgehend ausgespart worden. Denn die verwurzelten Ressentiments gegen MigrantInnen in Deutschland bei den Behörden seien ausschlaggebend gewesen für die schleppende Aufklärung der NSU-Morde. Am 23. September 2013wird nun erstmals der Mord an dem Hamburger Süleyman Tasköprü in München verhandelt. Anlass noch mal die Ermittlungen zu dem diesem NSU-Mord kritisch zu betrachten.

Süleyman Tasköprü wurde am 27. Juni 2001 in seinem kleinen Lebensmittelgeschäft in Hamburg-Bahrenfeld vom NSU ermordet. Schnell war aufgrund der verwendeten Tatwaffe klar, dass es sich um Nummer drei einer Serie von Morden handelte. Die ersten beiden Opfer des NSU wurden in Bayern ermordet, weshalb das Hamburger LKA 41, welches die Mordermittlungen anfangs durchführte, eng mit den Bayrischen Ermittlern zusammen arbeitete. Allerdings war man in Hamburger Sicherheitskreisen im Spätsommer 2001 mit anderen Ermittlungen wesentlich stärker befasst. Dementsprechend beurteilte Kriminalhauptkommissar Störzer vor dem bayrischen Untersuchungsausschuss die Zusammenarbeit mit den Hamburger Kollegen äußerst kritisch: Aufgrund der Terroranschläge in New York am 11.09. 2001 habe man in Hamburg einen Mindestpersonaleinsatz gefahren. Störzer habe zu diesem Zeitpunkt nur noch mit einem Beamten der Mordkommission in Hamburg Kontakt gehabt, der nach seiner Auffassung mit dem Mordfall Tasköprü völlig überfordert gewesen sei. Die Mordkommission in Harnburg sei zu diesem Zeitpunkt ziemlich unterbesetzt gewesen.

In Hamburg wie auch den anderen Orten von NSU-Morden ermittelte man fast ausschließlich im persönlichen Umfeld des Mordopfers. Der Vater von Süleyman Tasköprü, welcher seinen Sohn kurz nach dem Mord fand, gab in einer ersten Vernehmung an, dass er zwei jüngere Deutsche kurz nach dem Mord am Tatort gesehen hätte. Die Ermittler gingen dieser Spur nicht energisch nach und im Zuge der einseitigen Ermittlungen revidierte auch Vater Tasköprü seine Aussage. Bei späteren Vernehmungen war er sich bezüglich der Herkunft der Täter nicht mehr sicher. Relativ schnell liefen alle Ermittlungen in Hamburg ins Leere und schon Ende 2002 stellte das LKA Hamburg seine Arbeit im Falle Tasköprü für drei Jahre ein. Aktive Ermittlungsarbeit fand, trotz einer weiter laufenden Mordserie an Migranten mit einer immer gleichen Mordwaffe, nicht mehr statt, höchsten vereinzelt eingehende Hinweise von Außen wurden noch gesammelt. Ein Experte für Rechtsextremismus aus der Staatsschutzabteilung der Hamburger Polizei arbeitet weder im LKA 41 noch in der späteren Soko 061 mit.

Ermittlungen zu Drogenmilieu und „Ausländerextremismus"

Erst Anfang 2006 wurden die Ermittlungen im Mordfall Süleyman Tasköprü durch die EG 061 später Soko 061 in Hamburg wieder aufgenommen. Mittlerweile war auch die bundesweite Besondere Aufbauorganisation (BAO) Bosporus eingerichtet worden, deren Aktivitäten durch die bayrischen Ermittler geleitet wurde, insgesamt fünf Sokos ermittelten nun bundesweit. Leiter der Hamburger Soko wurde Kriminaloberrat Felix S., gleichzeitig stellvertretender Leiter der Abteilung für „Organisierte Kriminalität" im LKA und Leiter der Rauschgiftermittlungen. Die Vorgeschichte der Ermittlungen kannte S. bei Übernahme der neuen Soko laut eigenen Angaben nicht, auch die Akten zum Mordfall Süleyman Tasköprü habe er 2006 nicht gelesen, dies sei Aufgabe anderer Ermittler gewesen. Spätestens ab jetzt konzentrieren sich die Ermittlungen in Hamburg immer mehr auf das Umfeld des Opfers, Rotlicht-Milieu und die Drogenszene. Die heißeste Spur sollte lange eine angebliche Verbindung in nach Amsterdam sein. Die Hamburger Ermittler erhielten zwar auch aus dem Umfeld des Mordopfers immer wieder vage Hinweise auf angebliche Kontakte zum Milieu. Vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) des Bundes, sagte Chefermittler Felix S. jedoch, dass er sich heute von vielen Zeugen, darunter auch im In- oder Ausland inhaftierte Straftäter massiv verarscht fühle. Diese hätten sich Hafterleichterung oder Verkürzung mit falschen Aussagen erkaufen wollen.

Im Sachstandbericht der BAO Bosporus vom Mai 2008 mussten die Hamburger Ermittler dann auch erklären, dass es höchstens vage Verdächtigungen gäbe und der Ermordete zwar wegen verschiedenen Delikten aufgefallen sei, nicht jedoch wegen Drogendelikten. Auch für die bundesweiten Ermittlungen hieß es in dem Bericht der BAO: „Trotz intensivster Nachforschungen müsste allerdings auch hier festgestellt werden, dass sich kein tragfähiges Motiv aus etwaigen Btm-Geschäften ermitteln ließ." Auch bezüglich anderer Motive gibt es in dem Bericht keine tragfähigen Hypothesen, nur unter Punkt 7.6. „Fremdenfeindlichkeit" heißt es: „Die Ermittlungen sind auf diesem Gebiet noch nicht abgeschlossen."

Heute behaupten die Hamburger Sicherheitsbehörden redundant, dass man immer ergebnisoffen ermittelt hätte und allen Spuren egal in welcher Richtung nachgegangen sei. Wer die Akten allerdings liest, bekommt eher ein anderes Bild. Auch SPD-Obfrau Eva Högl kritisierte, dass der PUA nicht eine Silbe zum Thema Ermittlungen im Bereich Rechtsextremismus in den Hamburger Akten gefunden habe. Nicht nur die Polizei gibt hier ein schlechtes Bild ab. Mit dem Hamburger Verfassungsschutz (VS) traf sich die Soko 061 schon im Juli 2006, es blieb das einzige Treffen. Dem Inlandsgeheimdienst war die Mordserie aus der Presse bekannt, eigene Erkenntnisse hatte man nicht, einen bundesweiten Austausch der Dienste dazu gab es auch nicht. Auch bei Hamburger Geheimdienst konzentrierte man sich zu dieser Zeit auf den islamistischen Terrorismus und hatte Mitarbeiter aus dem Bereich Rechtsextremismus hier für abgezogen. Der heutige Leiter des Hamburger Verfassungsschutzes Manfred Murck erklärte im Mai 2013, man sei trotzdem immer „voll funktionsfähig" gewesen, in dem Gespräch mit dem LKA im Jahre 2006 sei es aber auch nicht um Rechtsextremismus, sondern um mögliche Bezüge zum sog. Ausländerextremismus gegangen, wie z.B. Verbindungen zur PKK. Bei dem Gespräch fragte der Geheimdienst auch nach möglichen Informanten oder Quellen der Polizei, die dort vielleicht nicht mehr benötigt würden, aber doch von dem finanziell klammen VS noch genutzt werden könnten. Auch nach dem Treffen im Juli 2006 erfolgten laut Felix S. seitens des Verfassungsschutzes keine Hinweise. In den Jahresberichten des Geheimdienstes lässt sich für den entsprechenden Zeitraum der Mordserie nachlesen, dass die Hamburger militante Naziszene damals äußerst umtriebig war, so gab es 2005 etwa einen gravierenden Anstieg neofaschistisch motivierter Kriminalität.

Rassistische Mentalitäten

Immer wieder finden sich den Hamburger Akten Aussagen und Anmerkungen, die auf Stereotypen, ja einen gewissen

institutionellen Rassismus auch bei der Hamburger Polizei schließen lassen. Gegenüber dem PUA des Bundes charakterisierte der Leiter der Soko 061 die Wahrnehmung des Opfers im LKA als einen „ganz normalen türkischen Mann“ mit den angeblich dementsprechenden Eigenschaften „leidenschaftlich, sehr energisch und dominant vom Wesen.“ Einer Vernehmung des Vaters des Ermordeten wurde eine Einleitung vorangestellt, in der es heißt, man habe „ein ausführliches Vorgespräch geführt, wobei es inhaltlich darum ging, dem Zeugen die Hintergründe der Vernehmung zu erläutern und möglicherweise vorhandene ethnische Barrikaden (Vorurteile gegen die Polizei) zu minimieren.“ Man ging also davon aus, dass der Zeuge nur aufgrund seiner türkischen Herkunft eventuell Vorurteile gegen die Beamten hätte.

Vor diesem Hintergrund ist es wenig verwunderlich, dass in den Akten auch eine eindeutig rassistische Beleidigung des Ermordeten aufgenommen wurde. Dort wird in der Hamburger Fallanalyse des LKA vom Juli 2006, mit Bezug auf dessen angebliches Sozialverhalten, zwar in Anführungszeichen, aber unkommentiert der Ermordete als „Schmarotzer“ bezeichnet. Zur Verteidigung sagte der Hamburger Chefermittler gegenüber dem PUA, dass es sich bei so einer Fallanalyse um ein internes Papier handele.

Hamburger Zeugen verdächtigten Nazis als Täter

Bei den vielen Vernehmungen äußerten auch in Hamburg einige Zeugen mit Migrationshintergrund, dass doch auch rassistische oder neofaschistische Täter in Frage kämen. Im April 2006 erklärt der Zeuge Ali S.T. gegenüber dem LKA:

„Wenn ich von neun Morden an acht Türken und einem Griechen höre, alle hatten ein kleines Gewerbe. Es kann sich nicht um Morde aus Ehrverletzung handeln. Also nicht, weil die Frau oder Schwester ehrverletzt wurde. Ich glaube auch nicht, dass es ein Auftragskiller ist. Was soll ein Auftragskiller bei einem Schneider, Intenetcafebetreiber, Kioskbesitzer, Döner-Imbiss-Betreiber usw. Dann müsste der Killer sehr bekannt sein. Vielleicht ist es ein Rassist. Ein Nazi, der Türken und Ausländer hasst… Ich glaube nicht, dass es mit Drogen zu tun hat. Darauf gebe ich nicht mal 1% … Ich glaube auch nicht, dass die PKK oder die Grauen Wölfe dahinter stecken.“ Zeuge Akin N. favorisierte im Juli 2006 unter drei möglichen Theorien ebenfalls andere als die Hamburger Ermittler: „Ich habe aber eine ganz andere Theorie. Ich persönlich glaube, dass es ein Psychopath ist. Irgendein Ausländer-Hasser, der durch die Gegend zieht und Türken erschießt.“ Und auch Zeuge Necati Y. vermutete gegenüber der Soko 061 im November 2006 vielleicht hätten die „Morde mit Ausländerhass zu tun. Vielleicht steht eine NPD-nahe Organisation oder etwas Ähnliches dahinter.“

Ernsthaft nachgegangen wurde den Vermutungen von den Hamburger Ermittlern jedoch nie. Und das obwohl die letzten beiden zitierten Aussagen nach der Erstellung der Operativen Fallanalyse des bayrischen Ermittlers Horn für die BAO Bosporus im Frühjahr 2006 schon vorlag. In dieser hatte der Profiler dargelegt, dass es sich bei der ungeklärten Mordserie eher nicht um Organisierte Kriminalität handele, sondern um einen oder mehrere Einzeltäter, deren Motiv Fremdenfeindlichkeit sein könne und die ihre Opfer nicht gekannt hätten.

Geisterbeschwörer statt rassistische Mordserie

Im der Hamburger Soko 061 stieß diese neue Fallanalyse, die der Wahrheit schon ziemlich nahe kam, allerdings auf wenig Gegenliebe, ja sogar Ablehnung. Innerhalb der BAO Bosporus opponierten die Hamburger Ermittler vehement gegen die neue These. Felix S. aus Hamburg sagte gegenüber dem PUA aus, dass er Zweifel an der methodischen Seriosität der neuen Fallanalyse gehabt hätte, dass die Soko 061 diese Skepsis teile und weiter mit Schwerpunkt Organisierte Kriminalität ermitteln wollte. Vehement wandten sich das LKA und die Staatsanwaltschaft aus Hamburg auch gegen Pläne im Rahmen eines Medienkonzeptes die neue Theorie einer möglichen rassistischen Mordserie über die Medien bekannt zu machen. 2006 fand die Fußball-WM in Deutschland statt. Im Mai des Jahres plädierte Chefermittler S. bei einer überregionalen Sitzung stattdessen für eine gesonderte Hamburger Fallanalyse, eine Idee die von allen anderen Anwesenden als abwegig bewertet wurde. Trotzdem wurde diese separate Fallanalyse unter Mitarbeit von Rechtsmedizinern und Kriminaltechnikern im Juli 2006 in Hamburg präsentiert. Daten über die Familie Tasköprü, das Umfeld des Opfers, die Tat und die Waffe flossen in diese Analyse ein, die Morde in anderen Städten und das Motiv „Ausländerhass“ jedoch nicht. Zum 1. Februar 2008 wurde die BAO Bosporus dann aufgelöst. In Hamburg ergriff man in dem Jahr inzwischen zu verzweifelten Mitteln: Man ließ einen Geisterbeschwörer aus dem Iran einfliegen, der das Mordopfer angeblich im Jenseits befragte. Die „Erkenntnisse“ wurden dann in das Informationssystem der Polizei eingespeist.

Felix Krebs ■

Die Nazis vom Lande

Bundesweit nutzen Rechte 260 Immobilien

BERLIN Neonazistische Gruppierungen haben in den vergangenen Jahren verstärkt in ländlichen Räumen Immobilien für Veranstaltungen angernietet oder gekauft. Das geht aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion hervor. Demnach befinden sich die weitaus meisten Objekte mit 48 Immobilien in Sachsen, gefolgt von Thüringen (27) und Bayern (26).

Bundesweit befindet sich von den 260 Immobilien ein Drittel im Eigentum der Neonazis. Ansonsten handelt es sich den Angaben zufolge um gemietete, gepachtete oder regelmäßig für Versammlungen oder Schulungen genutzte Immobilien. 98 Häuser sind den Angaben zufolge der NPD oder ihren Teilorganisationen zuzuordnen, 38 Objekte würden von den sogenannten Freien Kameradschaften genutzt. Der Rest lasse sich keiner Gruppe ausschließlich zuordnen, hieß es. 70 Häuser werden für Schulungen genutzt, 67 für Konzerte und 23 für gewerbliche Aktivitäten wie etwa Szeneläden.

Keine Zahlen liegen darüber vor, wie viele polizeilich bekannte Neonazis in den vergangenen Jahren ihren Wohnort in den ländlichen Raum verlegt haben und wie sich die Zahl der Straftaten dort entwickelt hat. Dazu gebe es keinen „Meldedienst“, außerdem sei der Begriff ländlicher Raum in dieser Form kein Erfassungskriterium. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Willi Brase äußerte sich besorgt. Die Ergebnisse zeigten, dass die Bundesregierung das Problem von Nazistrukturen und deren Aktivitäten im Ländlichen Raum nicht erkannt habe. Durch die Kürzung von Finanzmitteln für Projekte gegen Rechts sorge die Bundesregierung dafür, dass diese im ländlichen Raum vor dem Aus stünden.

Dem Bundesinnenministerium zufolge ist der von den Behörden so bezeichnete Rechtsextremismus eher ein Phänomen in den ländlichen Regionen als in Großstädten, auch wenn es etwa in Berlin, Dresden, Leipzig und Dortmund eine starke neonazistische Szene gebe. Schwerpunkte in ländlichen Gebieten liegen demnach vor allem in Ostdeutschland. Insbesondere die NPD versuche, sich als Partei darzustellen, die sich um Probleme vor Ort kümmere, heißt es in der Antwort.

nd ■



Seit Juli 2010 nutzen Thüringens NPD, der „Deutschen Stimme Verlag“ und der „Germania Versand“ gemeinsam dieses Bürohaus in Bad Langensalza

70 Jahre „Operation Gomorrha“

Der vergessene Mustergau Hamburg

Die Erinnerung an die Geschichte des Nationalsozialismus wird jenseits der ofiziellen Gedenkpolitik auch im Alltäglichen vermittelt. Die familiäre Erzählung der großflächigen Bombardierung Hamburgs durch die RAF (Royal Air Force) überlagert in der deutschen oral history die Gräueltaten der NS-Volksgemeinschaft im Mustergau Hamburg. Neonazis spielen – anders als in Dresden – nur am Rand eine Rolle im hanseatischen Opferdiskurs.

In den innenstadtnahen Stadtteilen Hamburgs, besonders östlich der Alster, sind sie an vielen wiederaufgebauten Mehrgeschosshäusern zu sehen: Tontafeln, mit dem Hamburger Wappen und dem Hinweis: „Zerstört 1943, wiederaufgebaut …“. Die Tafeln kommen von der städtischen Baubehörde und sind im Alltag präsenter als das offizielle Mahnmal, dass an die Bombardierung Hamburgs im Sommer 1943 erinnert: Der Turmrumpf der Kirche St. Nikolai, der nach dem 8. Mai 1945 als Ruine restauriert wurde und zum städtischen Mahnmal „für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ erklärt wurde. Der markante Kirchturm diente den Piloten der RAF, bei ihrem Anflug auf Hamburgs Osten als Orientierungsmarke. In den Stadtteilen ringsherum blieb kein Haus stehen.

Vom 25. Juli bis 3. August 1943 flogen die britische RAF und die US Air Force mit bis zu 1000 Bombern Angriffe auf Hamburg. Die werden meist als die bis dahin schwersten Angriffe in der Geschichte des Luftkrieges bezeichnet. Befohlen wurde das „Carpet Bombing“ von Luftmarschall Arthur Harris. Harris wies darauf hin, dass die Deutschen diese Strategie in den 2. Weltkrieg eingeführt hatten, sie bereits unmittelbar nach dem Beginn des Einmarsches begonnen hätten, polnische Städte zu bombardieren. Und bereits zuvor im Spanienkrieg mit der Bombardierung der baskischen Kleinstadt Gernika am 26. April 1937 die flächendeckende Bombardierung erprobt hätten. Wo in Gernika der Durchhaltewillen der AnhängerInnen der spanischen Demokratie gegen den reaktionären Militärputsch von General Franco gebrochen werden sollte und in Polen von den Deutschen bevorzugt Städte mit jüdischen Vierteln bombardiert wurden, ging es Luftmarschall Arthur Harris und seinem Premier Winston Churchill ebenfalls um ein Brechen des Durchhaltewillens – allerdings diesmal der als Aggressor unter Führung der Nazis agierenden deutschen Volksgemeinschaft, die bereits halb Europa in Schutt und Asche gelegt hatte. Goebbels umjubelte Rede im Berliner Sportpalast für die Führung eines „totalen Krieges“ lag ein halbes Jahr zurück – auch die Niederlage bei Stalingrad hatte nicht zu einem Nachlassen der deutschen Kampfkraft an den Fronten und bei der Kriegswirtschaft im Hinterland geführt. Es ging – nicht nur im Rahmen der militärischen Logik – um eine schnellere Beendigung des von Deutschland geführten Angriffskrieges. Hamburg war ein Zentrum der deutschen Rüstungsproduktion und der Seekriegsführung, auch der Nachschublinien für die Wehrmacht. Nach der Operation Gomorrha, wie der Deckname für die Bombardierung Hamburgs lautete, gab es ähnliche Flächenbombardements in Kassel, Braunschweig, Magdeburg, Dresden, Pforzheim, Mainz, Würzburg und Hildesheim. Die meisten Toten gab es in Hamburg, damals mit 1,5 Millionen EinwohnerInnen die zweitgrößte Stadt des Deutschen Reiches. Bei der Operation Gomorrha starben weit über 30 000 Menschen, etwa 125 000 wurden verletzt. Wie viele Menschen aus den Bomberbesatzungen starben, blieb unerwähnt. Bekannt ist aber, dass im II. Weltkrieg die Hälfte der Besatzungen der RAF bei den Einsatzflügen starb.

Für die Nacht vom 27. auf den 28. Juli 1943 gibt es in Hamburg einen feststehenden Namen: Feuersturm. In diese Nacht waren die eng bebauten Arbeiterwohnquartiere von Hammerbrook bis Barmbek das Ziel der Spreng- und Brandbomben. Es entstand eine mächtige Feuerwalze, die den Sauerstoff so stark anzog, dass Menschen mit ins Feuer gesogen wurden, im glühenden Asphalt einsackten, nahezu verdampften. Wolf Biermann erzählte Jahrzehnte später, wie seine Mutter ihn und sich rettete, indem sie in einen Fleet sprang. In alteingesessenen Hamburger Familien gibt es wohl kaum jemanden, dem nicht etwas Vergleichbares erzählt wurde. Dass wurde auch in den größeren Medien Hamburgs wiederholt aufgegriffen – in einer ähnlichen Diktion wie Berichte von der großen Flutkatastrophe im Februar 1962[1]. Bereits Anfang 2013 gab es eine Ausstellung zu den Auswirkungen der „Operation Gomorrha“ auf der Elbinsel Wilhelmsburg[2]. In der „Welt“ hieß es aus diesem Anlass, dass „die Royal Air Force den Bombenkrieg perfektionierte“[3], im „Hamburger Abendblatt“: „Es sind die bis dahin schwersten Angriffe in der Geschichte des Luftkrieges“[4]. Der Feuersturm oder die Hamburger Bombennächte, wie sie auch genannt werden, ist eine auf Familientreffen an die nachfolgenden Generationen weitergegebene Erzählung[5]. Anders als bei Wolf Biermann, der über den Nationalsozialismus auch noch anderes erzählt, ist für viele HamburgerInnen der Feuersturm das wichtigste Ereignis der Nazizeit. Biermanns Vater Dagobert war ein kommunistischer Widerstandskämpfer, der im Hamburger Hafen auf der Werft, wo er arbeitete, Beweise dafür sammelte, dass dort Schiffe für die Putschisten um Franco in Spanien gebaut wurden, der sabotierte, wo er konnte. Und der im KZ Auschwitz vergast wurde, als Jude, als Kommunist.

Dem gegenüber konstituiert sich die Mehrheit der autochthonen HamburgerInnen in einem Opferdiskurs als postnationalsozialistische, deutsche Schicksalsgemeinschaft – dadurch, dass sie neben dem Leid ihrer Vorfahren in ihrer aktiven Erinnerung keinen Platz für die Leiden der Opfer des Nationalsozialismus einräumen. Dies zeigt sich anschaulich in mündlichen Familienüberlieferungen und in der oral history, wenn Alteingesessene aus ihrem Leben im Hamburg der Nazizeit erzählen. Oft ist dann nur verkürzt von der „Kriegszeit“ die Rede, und von der Steckrübenzeit danach. Nicht alle sind dabei so direkt wie Jochen Rodenbeck, der den Feuersturm auf der Uhlenhorst erlebte und im Extraheft der Hamburger Morgenpost zur Operation Gomorrha erklärte: „Ende Juli 1943 hörte der Krieg auf, ein Spiel zu sein“. Auch in den anderen im Extraheft abgedruckten Schilderungen von ZeitzeugInnen geht es nur um deutsche Opfer[6].

---

1 Vgl. etwa einen NDR-Beitrag vom 21. Januar 2013: „Bis heute sieht man den Straßen in Barmbek an, wo sie gekittet wurden. Von der ‚Operation Gomorrha‘ blieb hier fast keine Familie unversehrt. Denen, die das erlebt haben, steckt noch der Schrecken in den Knochen.“ http://www.ndr.de/kultur/kunst_und_ausstellungen/hamburg/feuersturm107.html

2„1943: Operation Gomorrha – das Bombardement auf den Elbinseln“, BallinStadt, 21. 01. bis 31.03. 2013, www.ballinstadt.de

3 Welt 22. Januar 2013, Artikel: „‘Operation Gomorrha“ – Die Bombardierung Hamburgs setzte neue Maßstäbe“

4Hamburger Abendblatt, 01. Februar 2013, Artikel: „Gomorrha auf den Elbinseln“

5In Norddeutschland auch über Hamburg hinaus: „Vor 70 Jahren: Hamburgs schrecklichste Nächte“ ist etwa ein ganzseitiger Artikel in der Dithmarscher Landeszeitung vom 20. Juli 2013 überschrieben, in dem nur ein Halbsatz zur Vorgeschichte, den Verbrechen der deutschen Luftwaffe enthalten ist.

6Hamburger Morgenpost, 24. Juli 2013, Titelseite: „Heute vor 70 Jahren begann das Bomben-Inferno – Die Nacht als Hamburg unterging – 40 000 Tote im Feuersturm – Augenzeugen erinnern sich: ‘als die Stadt zur Hölle wurde – zwölf Seiten Beilage“. Dazu ein Foto von einem Lancaster – Bomber.

Gaston Kirsche (gruppe bricolage) ■

Fortsetzung nächste Ausgabe der AN

Faschistische „Friedensliebe" Oder eher: Vorliebe für das Folterregime Assads

Rechtsextreme agitieren gegen eine hypothetische Intervention in Syrien. Und, gleichzeitig, für die Erhöhung der nationalen Rüstungsausgaben in Frankreich

Vorbemerkung: KORREKTUR zur vergangenen Ausgabe
In der vergangenen Ausgabe (AN Nr. 17-18/2013) ist fälschlich zu lesen: „Dies (*Anm. BhS: die Position der extremen Rechten zum Syrienkonflikt*) ist mit einer rechten, nationalistischen Spielart des Nationalismus zu erklären…" Richtig muss es natürlich lauten: „… mit einer rechten, nationalistischen Version des NEUTRALISMUS…"

Ungeahnte Friedensliebe erwacht an manchen Ecken und Enden, wo man sie nicht erwartet hätte. Etwa bei den gewöhnlich eher martialisch auftretenden Anhängern des Bloc identitaire, einer rechtsextremen außerparlamentarischen Aktivistengruppe.

Ihre Mitglieder und Sympathisanten können nicht wirklich als sensible Pazifisten durchgehen. Doch die jüngst verkündeten, und nach einer außenpolitischen Initiative Russlands (zur Rettung seines Verbündeten in Damaskus) wieder verschobenen, Pläne für ein militärisches Eingreifen der USA und Frankreichs in Syrien empören die „Identitären" gar sehr. In einer E-Mail-Aussendung vom 11. September 2013 forderte der Bloc identitaire daraufhin, Barack Obama müsse den Friedensnobelpreis – welcher ihm 2009 verliehen wurde – umgehend zurückgeben. An seiner statt müsse er an Russlands Präsident Wladimir Putin überreicht werden. Putin ist auch aus anderen Gründen, wegen der „Stärkung des Nationalbewusstseins" und der Staatsmacht auf russischer Seite sowie der verschärften Einwanderungspolitik gegen Kaukasier und Zentralasiaten, ein Vorbild für weite Teile der extremen Rechten. Auch Marine Le Pen, Vorsitzende des Front National, äußerte aus diesen und anderen Gründen wiederholt Lobeshymnen an die Adresse des russischen Staatsoberhaupts.

Front National: 1991 und 2013

Auch beim Front National wuchert eine, nun ja, Friedensliebe. Ungeahnt ist sie nicht gerade, denn die rechtsextreme Partei hat ihre aufmerksamen Beobachter/innen daran gewöhnt, dass sie bei internationalen Fragen erstens eine anti-interventionistische Position einnehmen kann, und dass sie – zum Zweiten – solche Gelegenheiten zu nutzen verstehen, um politische Verwirrung zu stiften. Unvergessen bleiben die Plakate, die der alte Militarist Jean-Marie Le Pen (1957 folterte er im Algerienkrieg noch persönlich) in Paris im Februar 1991 verkleben ließ: „Mitterrand – der Krieg, Le Pen – der Friede." Zu dem Zeitpunkt fanden die Flächenbombardierungen der durch die USA angeführten „Allianz" im Iraq[1] statt, die dessen Regime zum Rückzug aus dem besetzten Ölemirat Kuwait zwingen sollten. Anders als 2003 nahm Frankreich damals, 1991, unter dem „sozialistischen" (hüstel) Präsidenten François Mitterrand, an den militärischen Operationen gegen den Iraq aktiv teil.

Ein Großteil der politischen Linken ergriff damals, richtigerweise, gegen diese militärische Intervention Position: Einerseits wegen der brutalen Folgen für die iraqische Bevölkerung – während die Diktatur damals nicht angetastet wurde -, und andererseits, weil dabei die Ausrüster gegen die von ihnen erst aufgerüstete waffenstarrende Diktatur Krieg führten. Anders als Syrien (das sein Waffenarsenal überwiegend der UdSSR und ihrem Rechtsnachfolger Russland verdankt) war das iraqische Regime in den 1980er Jahren – im Krieg gegen den Iran – aktiv durch die USA, Frankreich, Westdeutschland u.a. hochgerüstet worden. Doch die Position Jean-Marie Le Pens unterschied sich von jener der Linken u.a. in einem fundamentalen Punkt: Im Unterschied zur Hauptströmung in der Linken ergriff er nicht nur Partei gegen die Bombenflüge und –abwürfe der „Allianz" im Iraq, sondern auch aktiv zugunsten des dort herrschenden Regimes. (Jean-Marie Le Pen besuchte den iraqischen Präsidenten Saddam Hussein zwei mal, im Oktober 1990 und im Mai/Juni 1996.)

Anders als die bürgerlichen Politiker in Frankreich – die damals, 1991 und anders als zwölf Jahre später, überwiegend zugunsten der Angriffe auf den Iraq eintraten – hielt er also einem befreundeten Folterknecht und, bis dahin, guten Kunden der französischen Rüstungsindustrie eisern die Treue…

Marine und Marion

Auch Marine Le Pen macht heute die Agitation gegen den (angekündigten, jedoch bislang nicht durchgeführten und vielleicht – abgesehen vom eigenen Krieg des Regimes gegen die Rebellion – auch nicht stattfindenden) Luftkrieg über Syrien eine Hauptstoßrichtung ihrer Politik.

Anlässlich ihres großen Auftritts am Sonntag, den 15. September 2013 in Marseille – vgl. dazu nebenstehenden Artikel – wetterte Marine Le Pen über lange Passagen ihrer Rede hinweg gegen die angebliche „Unterwürfigkeit" der Politik Präsident François Hollandes gegenüber den USA. (In Wirklichkeit preschte Hollande Ende August d.J. zunächst selbst vor, um ein militärisches Eingreifen in Syrien zu fordern, bevor er durch das Votum des britischen Parlament und kurz darauf den taktischen Rückzieher von US-Präsident Obama ziemlich allein im Regen stehen gelassen wurde. Er vollzog also keineswegs nur eine US-amerikanische Positionierung nach.) Die FN-Chefin tobte, Frankreich unter Führung François Hollandes sei „eine Maitresse der USA", eine gefügige Geliebte, während doch in Wirklichkeit „die Briten standesamtlich mit ihnen verheiratet" seien[2].

Marine Le Pen agitierte eifrig gegen den „Bellizisten", also Kriegstreiber, François Hollande[3]; auch dies eine bekannte Redefigur aus der Geschichte der extremen Rechten, deren Vorläufer in Frankreich in den 1930er Jahren lieber Hitler an der Macht sahen als ein kriegerisches Eingreifen gegen ihn befürworteten und deswegen gegen „Bellizisten" (damals vorzugsweise solche mit jüdischen Wurzeln) wetterten. Angeblich sei Hollande „noch unterwürfiger gegenüber Obama, als seinerzeit Tony Blair gegenüber George W. Bush" – ein Vergleich, der wahrscheinlich schwer zu toppen ist.

Auch aus arabischen politischen Kreisen wurden dieser Tage gegenüber dem Verfasser argumentiert, Marine Le Pen habe doch in der Sache Recht, und die Linke dürfe ihr „nicht das Terrain des Antiimperialismus überlassen" (so ein befreundeter Algerier). Und in vermeintlich linken Kreisen wird Marine Le Pen ebenfalls inhaltlich Recht gegeben. Anfang September 2013 wurde etwa auf der orthodox-kommunistischen, stalinistischen Webseite Canempechepasnicolas (der Titel spielt auf ein Lied aus der Zeit der Pariser Commune an) argumentativ eine Lanze für die verschwörungstheoretische Webseite Réseau Voltaire gebrochen.

Dieses, „rebellisch" auftretende aber in Wirklichkeit vor allem antisemitische, rot-braune „Netzwerk" hatten die Reaktion diverser „Kriegsgegner" zusammengestellt. Am 2. September 2013 publizierte es dabei einen Text von Marine Le Pen über Syrien. Die stalinistische „Historikerin" Annie Lacroix-Rix – auch in antifaschistischen Kreisen früher wegen eines Buches über die französische Unternehmerschaft unter der Besatzung 1940-44 beliebt geworden, selbst wenn ihre Ausführungen um das Thema (die um einen angeblichen Geheimclan kreisen, den sie als „die Synarchie von 1941" bezeichnet) bereits eine manifeste Affinität eher zu Verschwörungstheorien denn zu Kapitalismuskritik und Antifaschismus aufweisen – argumentiert eifrig dafür. „Wenn Marine Le Pen sagt ‚eine Sache ist weiß'", führte die fanatische Anhängerin eines Parteikommunismus alter Prägung – der jetzige ist ihr zu schlapp – bei Canempechepasnicolas aus, „dann kann ich nicht ‚schwarz' sagen". Also habe auch eine Äußerung von Marine Le Pen unter denen von Kriegsgegner/inne/n ihren berechtigten Platz, sofern die Politikerin sich nun einmal inhaltlich korrekt zur Frage verhalte.

In Wirklichkeit handelt es sich natürlich um politische Idiotie sondergleichen. Und die Position Marine Le Pens hat weder etwas mit Antiimperialismus, noch das Geringste mit Antimilitarismus zu tun: Frankreich ist ein imperialistischer Staat, man denke nur an die neokolonialen Interventionen des Landes in weiten Teilen Afrikas, und Marine Le Pen fordert den Ausbau und nicht die Verringerung dieser Rolle – nur in stärkerer Eigenständigkeit gegenüber den USA. In ihrer Marseiller Rede vom 15. September 2013 fordert sie auch eine stattliche Erhöhung der nationalen Rüstungsausgaben Frankreichs: Deren Anhebung auf ein Niveau von mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts müsse Verfassungsrang erhalten und im Verfassungstext festgeschrieben werden[4].

Ihre Nichte, die 23jährige Abgeordnete und Jurastudentin Marion-Maréchal Le Pen, ging in diesen Tagen demonstrieren. Am Montag, den 9. September 2013 nahm sie an einer Protestkundgebung vor der Botschaft des Golfstaats Qatar in Paris teil[5]. Ihre Schärpe, durch die Mitglieder der französischen Nationalversammlung und andere Mandatsträger sich bei öffentlichen Auftritten zu erkennen geben, trug sie allerdings nicht bei sich. Gegenstand der Kundgebung war es, gegen die qatarische Rolle in Syrien zu protestieren, im Namen der Notwendigkeit, die örtlichen Christen zu schützen. Aufgerufen dazu hatte ursprünglich zunächst die Webseite des Observatoire de la christianophobie – diese „Beobachtungsstelle für Christenfeindlichkeit", als Antwort auf Vorwürfe der Diskriminierung von Muslimen unter der umstrittenen Bezeichnung Islamophobie konzipiert, ist eine rechtsextreme Initiative gegen so genannte „Inländerbenachteiligung". Mit Bezug auf den Mittleren Osten mobilisiert sie derzeit lautstark für eine Unterstützung des syrischen Regimes, das als Schutzmacht für die Christen im Lande dargestellt wird – ähnlich hatte die extreme Rechte bereits bezüglich des Regimes von Saddam Hussein, dessen Vizepräsident Tarik Aziz ein Christ war, argumentiert. Als vermeintliche einzige Alternative zu dem Regime wird ein militärischer Sieg von Al-Qaida und verwandten Kräften präsentiert.

Rechtsextreme und Linke: unterschiedliche Motivationen gegen einen Militärschlag

Mit den (eher spärlichen) linken Demonstrationen gegen eine mögliche US-amerikanische und französische Intervention in Syrien – die es seit Ende August auch gegeben hat, die aber bislang schwach blieben – hatte die Kundgebung vom 9. September 2013 sich (zum Glück) nicht vermischt. Zu offensichtlich unterschiedlich waren die Ausgangspunkte. Regimenahe Syrer unter ihren Fahnen nahmen allerdings an ihr teil.

Sowohl Regimeanhänger als auch Rechte unterschiedlicher Couleur kamen auch zu den ersten Anti-Interventions-Kundgebungen wie jener in Paris am 29. August 2013. Sie war zwar von Linken oder Linksnationalisten geprägt, aber Pro-Assad-Leute mischten sich darunter, während die rechtsextreme verschwörungstheoretische Webseite Le Cercle des volontaires ausführlich live von der Kundgebung berichtete. Ein Teil der Linken zog daraus inzwischen die Schlussfolgerung, solchen Kundgebungen entweder fern zu bleiben oder auf einer klaren räumlichen Trennung zu Anhängern des syrischen Regimes ebenso wie zu französischen Nationalisten zu beharren. Als einzige Möglichkeit, inhaltliche Grenzlinien zu ziehen, betrachten viele radikale Linke – die gegen einen Militärschlag eintreten – inzwischen Aufrufe, in denen explizit der politische und militärische Sieg der syrischen Opposition gegen das Regime gefordert wird, bei gleichzeitiger Präferenz für ihre progressiven Teile. Eine Intervention der USA und Frankreichs wird hingegen, mit Recht, als schlechtes Mittel dafür betrachtet.

Ihrerseits hat die extreme Rechte keinerlei Schwierigkeiten, sich positiv auf das Folter-, Panzer- und Giftgasregime in Damaskus zu beziehen, wie zehn und zwanzig Jahre zuvor auf jenes in Baghdad[6].

Ablehnend zu einem militärischen Eingreifen Frankreichs in Syrien äußern sich in jüngsten Umfragen durchschnittlich circa 50 Prozent der sozialdemokratischen Wählerschaft, 60 bis 70 Prozent der konservativen und wirtschaftsliberalen – ihre Partei, die derzeit in der Opposition stehende UMP, ist in der Interventionsfrage stark gespalten –, doch über 80 Prozent der rechtsextremen.

Aus verwandten Gründen wie die extreme Rechte machen auch Kräfte am rechten Rand der Konservativen gegen einen, bislang hypothetischen, Syrien-Einsatz Frankreichs und der USA mobil. Die rechtskatholische Abtreibungsgegnerin und frühere Ministerin Christine Boutin etwa organisierte mit ihren Gefolgsleuten am 3. September 2013 in Paris ebenfalls eine Kundgebung zum Thema. Und Strukturen der rechts dominierten Protestbewegung gegen die Homosexuellenehe, die das ganze erste Halbjahr 2013 hindurch in Frankreich aktiv war – Ausläufer der Bewegung dauern bis heute an –, fanden sich seit August rund um das neue Protestthema „Syrienkrieg" wieder zusammen[7]. La convergence des luttes, also das „Zusammenlaufen der Kämpfe", um gemeinsam über gesellschaftliche Alternativen jenseits von Teilbereichskonflikten nachzudenken: Die politische Linke versuchte stets seit 1968, diese Idee in Protestbewegungen hineinzutragen. Derzeit arbeitet die Rechte aller Schattierungen aktiv daran.

1] Anmerkung: Der Verfasser dieser Zeilen benutzt systematisch die Schreibweise, die in der internationalen Lautschrift üblich ist und einer einigermaßen exakten Transkription aus dem Arabischen entspricht. Die verbreitete deutsche Umschrift „Irak" ist nämlich schlicht falsch: „q" und „k" bezeichnen im Arabischen zwei unterschiedliche Buchstaben, die man vielleicht besser nicht miteinander verwechseln sollte (qalbi bedeutet „mein Herz", und kalbi hingegen „mein Hund"). Das „q" steht dabei für einen Gutturallaut – einen hinten in der Kehle ausgesprochenen, dem „k" ähnlichen Laut – , den es in dieser Form im Deutschen nicht gibt, wohl aber im Arabischen und Hebräischen. Im englischen Sprachraum wird deswegen richtigerweise die Schreibweise „Iraq" benutzt. Derselbe Buchstabe taucht auch in Namen wie „Qatar" und „Al-Qaida" auf. Deswegen sollte auch hier die dummdeutsche Schreibweise mit „K" besser vermieden werden. Ähnlich verhält es sich mit „Bagdad", im englischsprachigen Raum richtigerweise eher „Baghdad" transkribiert: Die Lautkombination „gh" entspricht einem Buchstaben des arabischen Alphabets, welcher nicht wie „g", sondern als nicht gerolltes „r" (wie in Paris, französisch ausgesprochen) gesprochen wird.

2] Vgl. http://www.lemonde.fr/politique/article/2013/09/15/a-marseille-le-discours-sans-surprises-de-marine-le-pen_3477932_823448.html

3] Vgl. http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2013/09/15/97001-20130915FILWWW 00098-le-penraille-le-belliciste-hollande.php

44] Vgl. ebenda

5] Vgl. dazu mit Abbildungen: http://www.citizenside.com/fr/photos/politique/2013-09-09/83424/paris-marion-marechal-le-pen-a-la-manifestation-contre-la-guerre-en-syrie-et-le-qatar.html#f=0/773810

6] Zur Schreibweise vgl. Fußnote Nummer 1.

7] Vgl. dazu ausführlicher, als es an diéser Stelle aus Platzgründen dargestellt werden kann, unter: http://www.lemonde.fr/societe/article/2013/09/06/des-anti-mariage-gay-se-remobilisent-contre-une-intervention-en-syrie_3471971_3224.html

Front National:

Triumphbesoffener Auftakt zu den Kommunalparlamentswahlen in Frankreich. Die Bündnisdiskussion zwischen Konservativen und Rechtsextremen flammt neu auf

Alle oder fast alle französischen Tageszeitungen führten am zurückliegenden Wochenende den Front National auf ihren Titelseiten, oder widmeten ihm zumindest mehrere Seiten im Blattinneren. Die rechtsextreme Partei kann sich im Augenblick über mangelndes Medienecho nicht beklagen. Auch über den Inhalt einiger Schlagzeilen, auch wenn die dahinter stehende Intention eher alarmistisch ist – also beabsichtigt, Gegenkräfte aufzurütteln –, kann die extreme Rechte durchaus erfreut sein. Etwa bei der Pariser Abendzeitung Le Monde: „Die große Angst vor dem FN ergreift die politischen Eliten."[1] Oder bei der Onlinzeitung Huffington Post (französische Ausgabe): „Marseille, die Türe des Front National zur Macht" (Ankündigung in der Newsletter) respektive „…das Vorzimmer des FN zur Macht"[2] „

Marseille war der Ort, wo der FN am Wochenende des 14./15. September 2013 seine „Sommeruniversität" abhielt. Die Veranstaltung, die in Wirklichkeit vor allem den Auftakt zum Kommunalwahlkampf des Front National – die Rathauswahlen in ganz Frankreich werden am 23. und 30. März 2014 stattfinden – bildete, fand im Kongresszentrum der Mittelmeermetropole statt. Dazu gab es auch eine Gegendemonstration. An ihr nahmen laut Angaben der Veranstalter/innen „10 000", laut jenen der Polizei „1200 bis 1300 Personen" teil. Die Wahrheit liegt sicherlich in der Mitte, laut manchen gewöhnlich unterrichteten Quellen bei 2000 bis 3000 Menschen, andere Teilnehmer/innen sprechen von 5000. Die Mobilisierung zu der Demonstration war überwiegend regionaler Natur, von Montpellier über Marseille bis Nizza. Auch wenn es von Paris aus ebenfalls eine begrenzte Mobilisierung gab (für die mit hohem Energieeinsatz, aber von Wenigen, mobilisiert worden war) – ein Bus fuhr am Freitag Abend von der Hauptstadt aus nach Marseille, und vielleicht 50 Menschen reisten zusätzlich im Zug an.

Wie auch bei der vorangegangenen Demonstration in Paris am 23. Juni 2013, nach dem gewaltsamen Tod des jungen Antifaschisten Clément Méric Anfang Juni d.J. (rund 5000 Teilnehmer/innen), dominierte optisch ein linksradikal-antifaschistisches bis autonomes Spektrum, was nicht unbedingt der Schaffung einer breiten politischen Aktionseinheit dienlich ist, obwohl daran die Abwesenden weitaus mehr Schuld tragen als die Anwesenden. Die Gewerkschaften hatten nur begrenzt, die linken Parteien (mit Ausnahme des NPA, rund 100 Teilnehmer/innen) fast gar nicht mobilisiert. Es wird zu gegebener Zeit erforderlich sein, eine Bilanz aus den aktuellen enormen Problemen der Antifa-Mobilisierung zu ziehen!

Drinnen, im Konferenzzentrum, nahmen unterdessen rund 4000 Personen lt. Beobachtern – laut Eigenangaben der Partei angeblich 4500 – an der Tagung des Front National teil. In ihrer Rede (vgl. dazu nebenstehenden Artikel über die rechtsextremen Positionen zur Syrienkrise) wetterte Marine Le Pen gegen die etablierten Parteien, gegen die soziale und wirtschaftliche Situation in Frankreich und gegen die angebliche „Unterordnung Frankreichs unter die USA".

Marseille war tatsächlich der geeignete Ort für den Auftakt zum Kommunalwahlkampf des FN. Jüngste Umfragen sagen dort ein Ergebnis bei der Kommunalwahl im März kommenden Jahres voraus, das die Liste der UMP (bürgerliche Rechte) bei 34 Prozent, den Front National auf dem zweiten Platz bei 25 Prozent, und die „Sozialistische" Partei hinter ihm bei 21 Prozent stehen sähe. Im Rathaus von Marseille regiert derzeit die UMP, und die örtliche Sozialdemokratie ist aufgrund quasimafiöser Einstellungspraktiken durch ihre Parteifreunde auf Bezirksebene ziemlich ins Gerede gekommen. Die durch die Medien frankreichweit viel beachteten Sicherheitsprobleme in Marseille – die Hafenstadt ist ein wichtiges Durchgangstor für den internationalen Drogenhandel, und da dort die Einflusssphären der spanischen und der italienischen Mafia aufeinandertreffen und sich überschneiden, kommt es immer wieder zu Schusswechseln und Toten durch den Gebrauch von Kalaschnikows – tragen natürlich ihren Teil zum erwarteten Wahlerfolg des FN bei. Es wird damit gerechnet, dass die rechtsextreme Partei eines der Bezirksrathäuser in Marseille übernehmen könnte. Ihr Spitzenkandidat Stéphane Ravier, Anfang 40 und Aktivist seit über zwanzig Jahren, gibt sich siegessicher.

Auch frankreichweit befindet die rechtsextreme Partei sich im Aufwind. Ihren Listen in den Städten und Gemeinden (schon vor der Sommerpause waren 350 Spitzenkandidaten und -kandidaten aufgestellt worden) wird derzeit im landesweiten Durchschnitt ein Ergebnis in Höhe von 16 Prozent prognostiziert, die erwartete Stimmenzahl nimmt im Laufe der Wochen zu und nicht ab. In der Hauptstadt Paris, seit langen Jahren aufgrund der Zusammensetzung der Bevölkerung ein schlechtes Pflaster für den FN, nahm der in Umfragen prognostizierte Stimmenanteil für die FN-Liste unter Wallerand de Saint-Just (Anwalt von Jean-Marie Le Pen, Parteimitglied seit 1987) von Juni bis September dieses Jahres von 5 auf 8, bisweilen 9 Prozent zu. Manche Medien machen sich oder ihren Leser/inne/n nun zusätzlich Angst, indem sie gigantomanische Zuwachsdiagnosen oder -prognosen aufstellen: Ihre Hochrechnung basiert auf der Annahme, dass die FN-Listen bei den letzten Kommunalwahlen (im März 2008) im Durchschnitt nur 0,97 Prozent erhalten hätten3. Diese Art, zu rechnen, ist jedoch barer Unsinn: Damals stand die Partei finanziell kurz vor dem Bankrott und stellte meistenorts überhaupt keine Listen auf, so dass zahlreiche Ergebnisse, die in die Durchschnittsberechnung einflossen, sich formal auf Null belaufen. So zu kalkulieren, ist Unfug.

Unterdessen platzte auf der bürgerlichkonservativen Rechten eine Bombe. Ausgerechnet der frühere Premierminister der UMP (2007 bis 2012) François Fillon, dessen Position im Vergleich zu jenen des seit November 12 amtierenden Parteichefs Jean-François Copé – dessen Name wird stärker mit dem ideologischen Rechtsruck der UMP in Verbindung gebracht – bislang eher als moderat durchgingen, brachte sie zur Explosion. Am 8. September 2013 erklärte er, zwischen einem(/r) Kandidaten(/in) der „Sozialistischen" Partei und einem des Front National bei den Rathauswahlen würde er „jenen auswählen, der mir als ‚moins sectaire' (Anm.: BhS: weniger sektiererisch, weniger verschlossen, also bündnisoffener) erscheint". Auch nach mehrtägiger öffentlicher Polemik bekräftigte Fillon am vergangenen Freitag, 13.09.2013 diesen Ausspruch bei einem Auftritt in Nizza. Sein Amtsvorgänger als Ex-Premier (2002 bis 2005), Jean-Pierre Raffarin, sprach am Wochenende in einer Kurznachricht bei Twitter von „Alarmstufe Rot" für die bürgerliche Rechte. Fillons Rivale Copé erklärte am Montag mittag, 16.09.2013, es sei nunmehr „die Existenzfrage für die UMP" gestellt[4].

Fortsetzung folgt…

B.S., Paris

---

1 Vgl. http://www.lemonde.fr/politique/article/2013/09/13/la-grande-peur-du-front-national-s-empare-des-elites-politiques_3477039_823448.html

2 Vgl. http://www.huffingtonpost.fr/2013/09/14/fn-marseille-universite-ete-antichambre-pouvoir_n_3914909.html?ir=France&utm_campaign=091413&utm_medium=email&utm_source=Alert-france&utm_content=FullStory

3 Vgl. http://www.lefigaro.fr/politique/2013/09/12/01002-20130912ARTFIG00566-municipales-ps-et-ump-en-baisse-fn-en-hausse.php

4 Vgl. http://tempsreel.nouvelobs.com/politique/20130916.OBS7105/cope-apres-les-declarations-de-fillon-l-avenir-de-l-ump-est-en-jeu.html

Flüchtlinge in Tunesien:

Sit-In vor UNHCR

Aktionstage für Bewegungsfreiheit vom 5. bis 7. September in Tunis

Im offiziell geschlossenen Flüchtlingslager Choucha leben weiterhin einige hundert Menschen unter unhaltbaren Bedingungen, ohne Wasser, Nahrung und medizinische Versorgung. Aus Protest gegen den UNHCR bleiben sowohl abgelehnte Asylsuchende, denen keinerlei Perspektive geboten wird, als auch anerkannte Flüchtlinge, die die lokale Integration in Tunesien verweigern, im Camp. Als „lokale Integration" wurde den Flüchtlingen ein sicherer Aufenthaltsstatus, finanzielle Hilfen und Wohnungen versprochen, aber nichts wurde eingehalten. In Tunesien gibt es bisher keine Asylgesetzgebung, die politische Situation ist instabil und der Rassismus omnipräsent. Eine Gruppe der Flüchtlinge führt zudem seit Ende März (!) ein Sit-In vor dem UNHCRBüro in Tunis durch.

Quelle: Kompass AntiRa Newsletter September 2013 ■

Stuttgart – Protestaktionen vor dem Innenministerium

Auszüge aus aktueller Erklärung:

„Artikel 1GG – Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Am Freitag den 30.08.2013 protestieren Flüchtlinge aus dem Main Tauberkreis, Freudenstadt und Kornwestheim im und vor dem Innenministerium. Die Forderungen sind dem Innenministerium bekannt und doch wird überhaupt nicht der Versuch gemacht, auf die Flüchtlinge zu zu gehen, ja es herrscht Schweigen. Deshalb wird versucht, Innenminister Gall zu einem Gespräch aufzufordern.

Außerhalb der Bannmeile werden Banner getragen, um die Bevölkerung auf die menschenverachtende und menschenunwürdige Asylpolitik hier in Deutschland aufmerksam zu machen. Die Flüchtlinge aus dem Camp vor dem Imigrationsministerium beklagen seit Wochen diesen Missstand. Trotz Gesprächen mit dem Integrationsministerium ist bis jetzt nicht sehr viel passiert. Die Zeit zum Aussitzen ist nun vorbei, wir wollen Taten sehen. Unsere Forderungen sind nach wie vor die gleichen:

1.Geld statt Gutscheine/Punktesystem
2. Abschaffung der Residenzpflicht
3. Wohnraum mit Privatsphäre
4. Arbeitserlaubnis
5. Aufenthaltsgenehmigung
6. bessere med. Versorgung
7. Schließung aller Lager

Den Flüchtlingen wird auf erpresserische Weise klar gemacht, dass sie kein Recht auf Selbstverantwortung haben. Es wird gedroht mit Sperrung von Taschengeld, wenn sie kein Essen kaufen oder nehmen. …"

Weiter Informationen: http://refugeeproteststuttgart.wordpress.com/

Quelle: Kompass AntiRa Newsletter September 2013 ■

Landesflüchtlingsräte zur Bundestagswahl 2013

Geschichte wiederholt sich doch. Wie Anfang der 1990er Jahre das Asylgrundrecht im Interesse seiner Demontage propagandistisch sturmreif geschossen wurde, parlieren auch heute wieder interessengeleitete PolitikerInnen und mit ihnen kollaborierende Medien gegen angebliche Asylbetrüger, Sozialschmarotzer und Wirtschaftsasylanten.

Auch Europa zieht blank gegen Flüchtlinge. Die opferreichen Abschottungsmaßnahmen an den EU-Außengrenzen sind legendär. Die innereuropäische Praxis der Flüchtlingsabwehr vollstreckt sich derweil noch weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit. Die Harmonisierung eines EU-einheitlichen Asylrechts erschöpft sich in der Konsolidierung restriktiver Normen und Praktiken.

Ist das tatsächlich, wie ihre Protagonisten beschwören, eine massentaugliche Politik? Immerhin belegen wissenschaftliche Studien eine Zunahme rassistischer Ressentiments und rechtsextremer Überzeugungen auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft. Vor allem in wachsenden Vorbehalten gegenüber – vermeintlichen – EinwanderInnen identifiziert die Forschung Risiken für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Doch Fremdenfeindlichkeit – so sind Menschenrechts- und zivilgesellschaftliche Lobbygruppen überzeugt – bekämpft sich nicht durch das konzertierte Wegducken der Demokraten. Begrüßt wird daher, wenn zum Beispiel in einigen Bundesländern Regierungsverantwortliche einer flüchtlingsfreundlichen Integrationspolitik das Wort reden, die Abschaffung diskriminierender Gesetze und Verordnungen einfordern und ein humanitär ausgestaltetes Verwaltungshandeln über Ankündigungen hinaus auch durchsetzen.

http://www.nds-fluerat.org ■

PRO ASYL/Flüchtlingsrat Nds.:

Öffnung der Grenzen für syrische Flüchtlinge

Heute landet der erste Charterflug mit 110 von 5000 syrischen Flüchtlingen, deren Aufnahme Bund und Länder im Mai 2013 vereinbart haben, in Hannover. PRO ASYL und der Flüchtlingsrat Niedersachsen erklären dazu:

Wir begrüßen, dass Bundesinnenminister Friedrich und der niedersächsische Innenminister Pistorius die syrischen Flüchtlinge heute persönlich willkommen heißen. Es ist ein wichtiges Signal, dass die Politik öffentlich für die Aufnahme von Schutzbedürftigen einsteht. Gemessen an den Ausmaßen der syrischen Flüchtlingskatastrophe ist die Aufnahme von 5000 Menschen in den kommenden Monaten jedoch nur eine Geste.

Um die Verhältnisse deutlich zu machen: 5000 ist die Größenordnung, in der die Menschen derzeit täglich aus Syrien fliehen. Nach UN-Angaben sind insgesamt mehr als zwei Millionen Menschen geflohen, über vier Millionen innerhalb Syriens vertrieben. Mehr als 97% der Flüchtlinge haben Zuflucht in den Nachbarländern gefunden.(1) Doch die Anrainerstaaten sind an ihre Grenzen gelangt. Konflikte um Ressourcen drohen zu eskalieren. Kinder, die die Hälfte der Flüchtlinge ausmachen, drohen neben traumatischen Gewalterfahrungen nun auch noch Opfer von Menschenhandel, Kinderarbeit und sexueller Ausbeutung zu werden. Flüchtlinge, die sich auf den gefährlichen Weg nach Europa machen, stoßen auf geschlossene Grenzen. Die Europäische Union nimmt selbst den Tod von Flüchtlingen billigend in Kauf.

PRO ASYL und der Flüchtlingsrat Niedersachsen fordern eine umfassende, organisierte Rettungspolitik für die syrischen Flüchtlinge:

Europa muss seine Grenzen für Flüchtlinge endlich öffnen! Die europäischen Staaten sollten, wie von UN-Flüchtlingskommissar António Guterres gefordert, unbegrenzt syrische Flüchtlinge aufnehmen.

Bundesinnenminister Friedrich muss selbst die Initiative für ein wirklich großzügiges EU-Aufnahmeprogramm ergreifen, um Menschen aktiv aus der Region zu holen.

Die hier lebenden Angehörigen von Flüchtlingen müssen die Möglichkeit haben, ihre Verwandten nach Deutschland zu holen. Die Bundesländer müssen die Familiennachzugsregeln so ausgestalten, dass dies realistisch erreichbar ist.

Asylsuchende aus Syrien müssen als Flüchtlinge anerkannt werden und ein sicheres Aufenthaltsrecht erhalten.

Zu den Forderungen im Einzelnen:

Europa muss seine Grenzen endlich öffnen! Es darf nicht sein, dass an Leib und Leben bedrohte Menschen auf der Flucht nach Europa erneut ihr Leben riskieren müssen. Syrische Flüchtlinge sterben im Mittelmeer und in der Ägäis. Völkerrechtswidrig werden Schutzsuchende aus dem Bürgerkriegsland an der griechisch-türkischen Land- und Seegrenze zurückgewiesen. Europa ist mitverantwortlich für diese eklatanten Menschenrechtsverletzungen an seinen Grenzen. Flüchtlinge werden abgedrängt, abgewie-

sen oder als angeblich „illegale” Einwanderer inhaftiert. Beendet werden muss auch die unwürdige Praxis der Nichtzuständigkeitserklärungen für Asylsuchende im Dublin-System. Wer Verwandte oder Bekannte in einem bestimmten EU-Staat hat, soll dorthin weiterreisen und dort den Asylantrag stellen dürfen.

Die europäischen Staaten müssen ein groß angelegtes Aufnahmeprogramm einrichten und Flüchtlinge aus der Region aufnehmen. Während des Bosnien-Kriegs fanden allein in Deutschland über 300 000 Menschen Zuflucht, weil die Einreisebedingungen vergleichsweise großzügig gestaltet waren. Vor diesem Hintergrund ist das bislang beschlossene deutsche Kontingent von 5000 beschämend gering. Wir fordern Bundesinnenminister Friedrich auf, die Initiative für ein großzügiges, gemeinsames EU-Aufnahmeprogramm zu ergreifen und das deutsche Kontingent deutlich zu erhöhen.

Der Familiennachzug muss unbürokratisch gewährt werden. In Deutschland leben rund 40 000 syrische Staatsangehörige mit Aufenthaltserlaubnis. Bislang haben die Bundesländer Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und Thüringen Aufnahmeanordnungen erlassen oder angekündigt, nach denen Angehörige hier lebender Syrer/innen unter bestimmten Bedingungen ein Visum für Deutschland erhalten. Als Stolperstein könnte sich schon der Zugang zum Visumverfahren bei den deutschen Botschaften erweisen, die in der Vergangenheit häufig auf Monate hinaus keine Termine mehr frei hatten. Baden-Württemberg begrenzt die Zahl der aufzunehmenden Personen von vornherein auf magere 500 und das bevölkerungsreiche Nordrhein-Westfalen sogar auf 1000 (bei 12 700 syrischen Staatsangehörigen im Land). Bayern äußert sich noch zurückhaltender und spricht explizit von „Einzelfällen”. Der Wortlaut der bislang vorliegenden Aufnahmeanordnungen lässt befürchten, dass es sich ohnehin nur wohlhabende Familien leisten könnten, Angehörige nach Deutschland zu holen. Grund dafür ist die obligatorisch verlangte Verpflichtungserklärung. Ein Beispiel: Welche Familie kann auf unbestimmte Zeit monatlich 1300 Euro Unterhalt, davon allein 680 Euro Kranken- und Pflegeversicherungsschutz, für die beiden Großeltern zahlen? Dabei sind Kosten für eine zusätzliche Unterkunft noch nicht einmal eingerechnet. Als einziges Bundesland hat Niedersachsen niedrigere Maßstäbe an das verfügbare Einkommen angelegt. Für viele dürfte es dennoch nur schwer möglich sein, mit dem Familiennettogehalt auch nur die Pfändungsfreigrenze zu überschreiten. Bund und Länder sind gefordert, die Regelungen praktikabel zu machen. Insbesondere müssen der Krankenversicherungsschutz der Angehörigen über eine pauschale Regelung sichergestellt und die Anforderungen an den materiellen Beitrag der hier Lebenden abgesenkt und zeitlich befristet werden. Auch darf der Nachweis einer nahen Verwandtschaft die Betroffenen nicht vor unnötige bürokratische Probleme stellen.

Asylsuchende aus Syrien müssen den Schutz erhalten, der ihnen zusteht: Den Flüchtlingsstatus. Seit Beginn des Krieges 2011 haben nur etwas über 15 000 syrische Flüchtlinge in Deutschland Asyl beantragt. Rund 80% erhalten lediglich einen Aufenthaltstitel als subsidiäre Schutzberechtigte. Damit stehen die Betroffenen – im Unterschied zu nach der Genfer Konvention anerkannten Flüchtlingen – beim Familiennachzug vor hohen Hürden. Schweden hat es bereits vorgemacht und spricht rund 8000 syrischen Staatsbürgern, die bislang nur ein befristetes Aufenthaltsrecht hatten, und allen künftig ankommenden syrischen Asylsuchenden einen dauerhaften Status mit dem Recht auf Familiennachzug zu.

1. Nach UNHCR-Angaben beherbergt allein der Libanon (4,3 Mio Einwohner) derzeit über 720 000 Flüchtlinge, Jordanien (6,5 Mio Einwohner) über 500 000. In der Türkei haben über 450 000 Menschen Zuflucht gesucht, rund 180 000 im Irak und 120 000 in Ägypten.

Quelle: Presseerklärung PRO ASYL – Flüchtlingsrat Niedersachsen 11.09.2013 ■

81 Prozent der Flüchtlinge weltweit leben in Entwicklungsländern

Die Zahl der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen hat den höchsten Stand seit 1994 erreicht. Täglich werden rund 23 000 Menschen aus ihrer Heimat vertrieben.

Dies geht aus dem am 19. Juni 2013 in Genf veröffentlichten Bericht der UN-Flüchtlingsorganisation (UNHCR) „Global Trends“ hervor. Die Daten beruhen auf Angaben von Regierungen, nichtstaatlichen Partnerorganisationen und den Zählungen des UNHCR.

Ende des Jahres 2012 waren insgesamt 45,2 Millionen Menschen auf der Flucht. Das sind fast drei Millionen Menschen mehr, als im Jahr davor (2011: 42,5 Millionen). Davon sind 15,4 Millionen Flüchtlinge, 28,8 Millionen Binnenvertriebene und 937 000 Asylsuchende.

„Dies sind wahrlich alarmierende Zahlen. Sie spiegeln im gewaltigen Ausmaß individuelles Leid wider und zeigen die Schwierigkeiten der internationalen Staatengemeinschaft auf, Konflikte zu verhindern und rechtzeitig Lösungen für diese anzustreben“, so UN-Flüchtlingskommissar António Guterres.

Hauptursache für die weltweite Flucht und Vertreibung bleibt der Krieg. 55 Prozent der Flüchtlinge stammen aus fünf kriegsgebeutelten Staaten: Afghanistan (2,6 Millionen), Somalia (1,1 Millionen), Irak (746 400), Syrien (728 500) und dem Sudan (569 200). Hinzukommen neue Massenfluchtbewegungen aus Mali, der Demokratischen Republik Kongo und Äthiopien.

Bei der Aufnahme der Flüchtlinge wird die Kluft zwischen armen und reichen Ländern immer größer. Von den rund 10,5 Millionen Flüchtlingen unter UNHCRMandat befindet sich die Hälfte in Staaten mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 5000 US-Dollar. Insgesamt leben 81 Prozent der Flüchtlinge in Entwicklungsländern – vor zehn Jahren waren es noch 70 Prozent.

Auch die Zahl der Binnenvertriebenen hat im Jahr 2012 einen neuen unrühmlichen Höchststand erreicht. Von den 28,8 Millionen Menschen unterstützt das UNHCR immerhin 17,7 Millionen. Die Hilfe für die Binnenvertriebenen ist schwierig, weil der Hilfe eine Anfrage an die Regierung vorausgehen muss, in deren Land die Vertriebenen leben.

Für immerhin 2,7 Millionen Menschen konnte 2012 jedoch eine dauerhafte Lösung gefunden werden, darunter auch 74 800 Menschen, die im Rahmen von Resettlement-Programmen aus Erstzufluchtsstaaten in aufnahmebereite Drittstaaten umgesiedelt werden konnten.

Die Länder, in denen aktuell am meisten Flüchtlinge leben, sind Pakistan (1,6 Millionen), gefolgt vom Iran (868 200) und Deutschland (589 700).

Publikation „Forum Migration September 2013“ ■

Aufnahme von Syrern auch in CDU-regierten Ländern

Die Minister und Senatoren der CDU- und CSU-geführten Innenressorts der Länder sowie der Bundesinnenminister haben sich nach Angaben des Innenministeriums Mecklenburg Vorpommern auf weitere Schritte zur Aufnahme von syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen geeinigt.

Mecklenburg-Vorpommern, Bayern und Thüringen haben in eigenen Pressemitteilungen erklärt, syrische Flüchtlinge zusätzlich zum Kontingent aufzunehmen. Die Aufnahmeanordnung Thüringens liegt wohl derzeit beim Bundesinnenminister, der noch zustimmen soll. Was MV und Bayern konkret machen werden, insbesondere in welchem Umfang sie aufnehmen, haben sie nicht geschrieben.

Bislang hatten Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Bremen Aufnahmeanord-

nungen erlassen oder angekündigt, wobei Baden-Württemberg die Zahl derer, die aufgenommen werden, auf magere 500 begrenzt und das bevölkerungsreiche Nordrhein-Westfalen sogar auf 1000 (bei 12 700 syrischen Staatsangehörigen im Land!). Ansonsten sind die bislang vorliegenden Aufnahmeanordnungen gleich; Antragsfrist ist in allen Fällen Ende Februar 2014.

Bayern ist jetzt noch zurückhaltender: Die weitere Aufnahme sei „denkbar", man spricht explizit von „Einzelfällen": „Herrmann kündigte an, dass Bayern im Einzelfall bereit sei, über das Kontingent von 750 Flüchtlingen hinaus weitere Personen aus Syrien aufzunehmen. Voraussetzung dafür aber sei, dass Verwandte ersten oder zweiten Grades in Bayern leben und diese sich zur Zahlung des Unterhalts ihrer Familienangehörigen verpflichten würden. Straftäter seien von dieser Option ausdrücklich ausgeschlossen. Jeder Bewerber muss sich einer Sicherheitsüberprüfung unterziehen."

Aus Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Hessen und dem Saarland stehen konkrete Pressemitteilungen noch aus.

Quelle: PRO ASYL 03.09.2013 ■

Dem Beispiel Schwedens folgen

Dauerhafter Aufenthaltsstatus

Anlässlich der Ankündigung des schwedischen Migrationsministers allen in Schweden lebenden Syrern einen zeitlich unbefristeten Aufenthaltsstatus zu gewähren, erklärt Tom Koenigs, Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe:

„Außergewöhnliche Krisen erfordern außerordentliche Aufnahmebereitschaft – Schweden geht unter den europäischen Ländern mit gutem Beispiel voran. Das Land wird allen Syrern grundsätzlich und unbefristet Asyl gewähren. Die Bundesregierung und die Länder sollten dem Vorbild Schwedens folgen. Mit einem unbefristeten Aufenthaltsstatus, kann den Syrern in Deutschland eine neue Perspektive ermöglicht werden. Ein dauerhafter Aufenthaltsstatus ermöglicht die Familienzusammenführung und Integration der Syrer und macht ihnen von vornherein deutlich, dass sie willkommen sind.

Die Sprecherin der schwedischen Einwanderungsbehörde, Annie Hörnblad, erklärte gestern, dass allen Syrern in Schweden pauschal ein zeitlich unbefristeter Aufenthaltsstatus gewährt wird. Bisher wurden Asylanträge in Schweden gesondert geprüft und nur für drei Jahre gewährt. Das permanente Aufenthaltsrecht ermöglicht es den bereits in Schweden lebenden Syrern, unproblematisch ihre Familien nachzuholen. Die Einwanderungsbehörde geht davon aus, dass die Gewalt in Syrien in naher Zukunft nicht abreißen wird. Bisher wurden in dem kleinen Schweden 14.700 Syrer aufgenommen.

Deutschland hat dem UNHCR die Aufnahme von 5.000 Flüchtlingen zugesagt. Das Programm läuft schleppend, die Ankömmlinge ohne Familie werden in Lagern wie in Hellersdorf untergebracht.…Eine Unterbringung in Lagern, ohne Integrationsangebote und Arbeitserlaubnis, wie es bisher üblich ist, ist untragbar. Die Aufnahmebereitschaft bereits integrierter syrischer Familien muss anerkannt werden, Nachzug sollte auch für Familienmitglieder zweiten und dritten Grades ermöglicht werden. Das erfordert die Humanität."

www.tomkoenigs.de 04.09.2013 ■

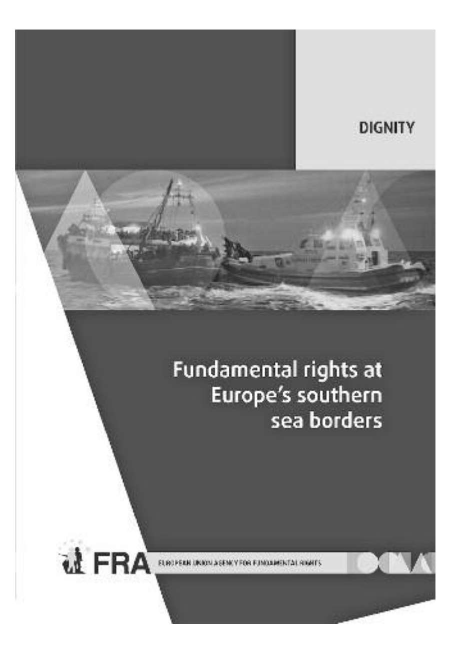
„Die Schreie der anderen":

Studie an den südlichen Außengrenzen der EU

Der Satz von Papst Franziskus bei seinem ersten offiziellen Auftritt außerhalb Roms ist noch in Erinnerung. Auf der berühmt-berüchtigten Mittelmeerinsel Lampedusa erklärte er: „Die Wohlstandskultur macht uns unempfindlich für die Schreie der anderen und führt zur Globalisierung der Gleichgültigkeit."

Das Zitat kommt einem in den Kopf, wenn man eine unlängst erschienene Studie der Europäischen Agentur für Grundrechte (FRA) liest. Unter dem Titel „Fundamental rights at Europe's southern sea borders" wird die Situation an den südlichen Außengrenzen der EU beleuchtet. Und die FRA macht Verbesserungsvorschläge, um die Rechte und das Leben der Flüchtlinge in Zukunft besser zu schützen.

Zunächst sieht die FRA den Ausbau des Schutzes der Flüchtlinge in den Transitländern – in Zusammenarbeit mit relevanten Organisationen wie dem UNHCR – als ein Mittel, verzweifelte Menschen davon abzuhalten, sich der Gefahr einer Mittelmeerüberquerung auszusetzen. Die Stärkung des Gesetzes, Schutz vor Missbrauch und Zugang zur Justiz sind hierbei die relevanten Aufgabenfelder. Auch die Errichtung eines effektiven Asylsystems in den Transitstaaten könne helfen.



Mit Blick auf stattfindende Flucht müssten sich die Einsatzkräfte der EU auf die Rettung von Flüchtlingen vorbereiten, nicht deren Abwehr.

Die FRA stellt auch fest, dass nicht nur direkte Zurückweisung in das Heimatland, sondern auch die indirekte Zurückweisung – die in ein Land, in dem der Flüchtende Gefahr läuft, in sein Heimatland zurückgewiesen zu werden – dem in der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) festgelegten Grundsatz des „non-refoulement" (Nicht-Zurückweisung) widerspricht.

Zusammengefasst drängt die FRA darauf, den Flüchtlingen auf dem Mittelmeer jede Hilfe zukommen zu lassen, damit sie in einem Mitgliedstaat der EU ein gerechtes und faires Asylverfahren erhalten können, wie es beispielsweise auch in der GFK vorgesehen ist.

Quelle: Publikation „Forum Migration September 2013" ■

Bundesregierung rechtfertigt rassistische Polizeikontrollen

„Die Befugnisse der Bundespolizei zu anlasslosen Kontrollen im Inland führen zu ‚racial profiling'. Die Abschaffung dieser Kontrollen wäre daher die richtige Konsequenz", so Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zur nun vorliegenden Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage zum „racial profiling" (BT-Drucksache 17/14569). Jelpke weiter:

„Die Bundesregierung führt in ihrer Antwort aus, die anlasslosen Kontrollen in Zügen und auf Bahnhöfen dienten der Bekämpfung von irregulärer Migration. Daher knüpften sie notwendigerweise an äußere Erscheinungsmerkmale an. Das ist eine nicht hinnehmbare Rechtfertigung von ‚racial profiling', das von Menschenrechtlern wiederholt als verfassungswidrig kritisiert wurde. Dies wurde auch von Gerichten bestätigt.

2012 wurden nach den Angaben der Bundesregierung fast eine halbe Million Menschen ohne konkreten Anlass oder Verdacht kontrolliert. Ausschlaggebend für den Eingriff der Polizei ist das nichtdeutsche Aussehen der Betroffenen. Die Kontrollen bedeuten in jedem einzelnen Fall einen Eingriff in das Grundrecht der Betroffenen auf informationelle Selbstbestimmung. Die Zahl der Feststellungen von illegalem Aufenthalt oder illegaler Einreise stehen zu diesen massenhaften Grundrechtseingriffen in keinem Verhältnis. Lediglich bei 0,07 Prozent

der Kontrollen wurde ein entsprechender Verdacht festgestellt. Es handelt sich also um polizeiliche Maßnahmen ins Blaue hinein. Die Befugnis zur anlasslosen Kontrolle widerspricht damit rechtsstaatlichen Anforderungen und ist ersatzlos zu streichen. Dafür wird sich DIE LINKE auch im künftigen Bundestag einsetzen."

Berlin, den 03. September 2013 ■

Unhaltbare Zustände für Flüchtlinge in Eisenberg

Flüchtlingsrat fordert dringend menschenwürdige Verhältnisse

Mit einem offenen Brief und Fotos zur aktuellen Unterbringungssituation in der Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge in Eisenberg hat sich der Flüchtlingsrat Thüringen e.V. am 10.9.2013 an den Thüringer Innenminister Jörg Geibert gewandt:

Sehr geehrter Innenminister Herr Geibert, seit Juli 2013 protestieren in der Landesaufnahmestelle lebende Flüchtlinge in regelmäßigen Abständen für menschenwürdige Lebensbedingungen. Aber auch in den zurückliegenden Monaten gab es immer wieder massive Kritik, die uns im Januar diesen Jahres veranlasst hat, eine Petition zu den Zuständen in der Landesaufnahmestelle einzureichen.

Die Hauptkritikpunkte der Flüchtlinge in Eisenberg sind weiterhin insbesondere:

- unzureichende und unverständliche medizinische Versorgung
- das Essen ist unverändert schlecht und unzureichend
- Besuch ist nicht zulässig

Die Unterbringung ist unzumutbar. Die Räume sind voll belegt, zum Teil mit nur Matratzen auf dem Boden, zum Teil mit vielen Doppelstockbetten ohne jeglichen Schutz auf irgendeine Privatsphäre.

Aufgrund der andauernden Proteste der Flüchtlinge und den beiliegenden Fotos, die die Zustände in der Landesaufnahmestelle verdeutlichen, möchten wir Sie bitten, sich dringendst für eine Änderung der r Verhältnisse vor Ort einzusetzen. Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Ebenso hat der Verein den Thüringer Petitionsausschuss aufgefordert, sich dringend der Situation anzunehmen.

PM Flüchtlingsrat Thüringen 12.09.2013 ■

„Rassismus entsteht im Kopf. Offenheit auch"

Vom 22. bis 28. September findet die Interkulturelle Woche (IKW) 2013 statt. Das Motto in diesem Jahr: „Wer offen ist, kann mehr erleben." Auf dem Plakat, das für die IKW wirbt, heißt es prononcierter: „Rassismus entsteht im Kopf. Offenheit auch."

Zur Vorbereitung wurden der IKW



wurden neben Plakaten auch wieder zwei Materialhefte veröffentlicht, die einen Blick auf die widersprüchliche migrationspolitische Lage im Land lenken. Die IKW sei seit Jahren – heißt es im gemeinsamen Wort der Kirchen – immer wieder „ein lebendiges Zeichen dafür, dass wir uns auf einem guten Weg zu einer echten Willkommenskultur befinden und trennende Mauern durchbrechen können". Das lässt sich nicht bestreiten. Seit 1975 als die IKW zum ersten Mal stattfand – damals unter dem Namen „Tag des ausländischen Mitbürgers" – hat sich vieles zum Positiven verändert, das Miteinander ist selbstverständlicher geworden, aber es ist nicht selbstverständlich.

Das ist die andere Seite. Nachdem über Jahre hinweg Kapazitäten abgebaut und jetzt Unterkünfte für Asylbewerber neu eröffnet werden müssen, tauchen alte Konflikte neu auf. Ein Beispiel: Berlin-Hellersdorf. Auf einer Informationsveranstaltung des Bezirks über ein geplantes Asylbewerberheim nutzen Rechtsradikale das für ihre fremdenfeindliche Parolen. Sie stießen damit auf Ablehnung, aber auch auf Zustimmung. Niemand muss sich darüber die Augen reiben. Zahlreiche Studien belegen, dass rassistische Einstellungen bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichen.

Dem Tag des Flüchtlings, der seit 1986 Teil der IKW ist und in diesem Jahr am 27. September stattfindet, kommt deshalb besondere Bedeutung zu. „Wir brauchen offene Türen für Verfolgte." Dieser Satz von Bundespräsident Joachim Gauck ist nicht nur Ausdruck christlicher Nächstenliebe. Er ist auch ein Prüfstein für die politische Kultur in diesem Land.

Die Materialien können heruntergeladen werden unter: www.interkulturellewoche.de

Publikation „Forum Migration September 2013" ■

Hellersdorf: Berechtigte Forderungen durchsetzen

Die Sorgen und Ängste der Flüchtlinge ernst nehmen und ihre berechtigten Forderungen durchsetzen helfen – unsere Stiftung unterstützt die Bemühungen um dezentrale Unterbringung in zumutbaren Wohnungen als soziales Menschenrecht.

Während Neonazis und Rechtspopulisten dumpfen Rassismus schüren, beschwören PolitikerInnen und Massenmedien die Öffentlichkeit, doch „die Sorgen und Ängste der AnwohnerInnen ernst zu nehmen". Wir fordern weiter, die Sorgen und Ängste der Flüchtlinge ernst zu nehmen! Dann können tragfähige Lösungen zusammen mit der Bevölkerung vor Ort gefunden werden.

„Wir sind besorgt über die schwache Akzeptanz gegenüber Vielfalt, wie sie auch die Ergebnisse der jüngsten Studie der Bertelsmann-Stiftung zeigen. Deutschland ist im Vergleich zu anderen Ländern in den letzten Jahren auf dem Gebiet zurückgefallen. Wir brauchen aber einen inklusiven gesellschaftlichen Zusammenhalt, der die Pluralität der Lebensentwürfe und Identitäten als Stärke begreift, und eine Willkommens-Kultur, die auf der Akzeptanz von Vielfalt beruht.", so der Vorsitzende unserer Stiftung.

Die seit Monaten absehbaren Unterbringungsprobleme lassen sich aber nicht alleine durch einen Appell an eine „Willkommenskultur" der Anwohner lösen. Vielmehr muss das soziale Menschenrecht auf eine zumutbare Wohnung, das im UN-Sozialpakt längst fest geschrieben ist, endlich auch in Deutschland umgesetzt werden. Als gemeinnützige Stiftung, die sich für die sozialen Menschenrechte und Partizipation einsetzt, haben wir das Berliner Flüchtlingscamp/Protestcamp unterstützt, da es sich bei den Forderungen des Camps um wichtige Anliegen auch unserer Stiftung handelt. Aktuell haben wir eine Kampagne für die längst fällige Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum UN Sozialpakt durch die Bundesregierung gestartet. Wir bewundern und unterstützen den Mut und die Ausdauer der Flüchtlinge, die im Flüchtlingscamp am Oranienplatz ausharren und mit vielfältigen Protestaktionen auf die menschenrechtswidrige Lage von Flüchtlingen in Deutschland hinweisen. Zu Recht verlangen Sie mehr als humanitäre Hilfe und Stellvertreter-Politik: die Durchsetzung der längst festgeschriebenem sozialen und kulturellen Rechte, insbesondere die Aufhebung des Arbeitsverbotes und der Residenzpflicht, d.h. eine angemessene frei gewählte Unterkunft sowie Bildung durch Teilnahme am Schulunterricht usw.

Berlin, 24. August 2013; PM zu den Kundgebungen in Berlin-Hellersdorf www.sozialmenschenrechtsstiftung 24.08.2013 ■

⟶

Faschistische Mobilmachung im Zuge der Krise in Griechenland

Neue Broschüre von Dimitris Psarras

Eine der wichtigsten Folgeerscheinungen der ökonomischen, sozialen und politischen Krise in Griechenland ist das Auftauchen der offen nationalsozialistischen Gruppierung Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) auf der politischen Bühne des Landes.

Es handelt sich um eine Organisation, die nur wenige Jahre nach dem Ende der Obristen-Diktatur (1967–1974) entstanden ist, aber bis 2009 weitgehend ein Dasein am äußeren Rand der Gesellschaft fristete und kaum von der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde.

Seit ihrem offiziellen Gründungsjahr 1980 vertritt Chrysi Avgi – ungeachtet ihrer bislang eher geringen Bedeutung – immer dieselben politischen Botschaften und stützt sich nach wie vor auf denselben Führungskern. Die Organisation hat schon immer gezielt Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung eingesetzt. Wie gelang es dieser allen Ernstes auf den historischen deutschen Nationalsozialismus fixierten Gruppierung über so viele Jahre hinweg, «unsichtbar» und zugleich in ständiger Bereitschaft zu bleiben, um den geeigneten Augenblick abzupassen, ihre hässliche Fratze in aller Öffentlichkeit zu entblößen und damit auch noch einen so großen Erfolg zu haben?

Eine PDF-Version zum Download findet Ihr hier.[http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen_Neonazistische_Mobilmachung.pdf] Eine Papierausgabe der Broschüre wird es ab Anfang Oktober 2013 geben.

Der Journalist und Faschismus-Experte Dimitris Psarras ist auch Autor des (in Griechenland erschienenen) Buchs „Die Schwarze Bibel der Goldenen Morgenröte" über die Geschichte, die Ideologie und die Ziele der griechischen Neonazis.



In der neuen Broschüre des Europa-Büros der Rosa Luxemburg Stiftung sind seine Erkenntnisse nun endlich auf Deutsch zusammengefasst.

Im November 2012 hat Psarras der jungle world ein Interview gegeben [http://jungle-world.com/artikel/2012/46/46590.html].

„Stell Dir vor, es ist Demo und keiner darf hin!"

Der Bayerische Flüchtlingsrat zeigt sich entsetzt über den Umgang von Innenminister Joachim Herrmann und der bayerischen Polizei mit dem „Protestmarsch für Freiheit", mit dem Flüchtlinge aus ganz Bayern ihren Protest gegen die Residenzpflicht nach München tragen. Nach der Auflösung des ersten Protestzugs in Freising am Sonntag wurde gestern abend der zweite Protestzug an der Münchner Stadtgrenze von der Polizei aufgelöst. 150 Beamte, die Mehrheit vom USK, kesselte den Zug auf einer Brücke über den Autobahnring ein und unterzog alle 40 Flüchtlinge und ihre UnterstützerInnen einer Identitätsprüfung. Erneut kam es zu massiver Gewaltanwendung seitens der Polizeikräfte. Die Mehrheit der Protestierenden wurde danach in die Ettstraße gebracht, die Flüchtlinge, denen Verstöße gegen die Residenzpflicht vorgeworfen werden, wurden oder werden noch in ihre Flüchtlingslager zurückgebracht.

Die Residenzpflicht für Flüchtlinge in Deutschland ist einmalig in ganz Europa. Alle Bundesländer haben die Beschränkung der Bewegungsfreiheit auf den Landkreis auf das gesamte Landesgebiet ausgeweitet, nur nicht Bayern und Sachsen. Obwohl das bayerische Innenministerium auf der Grundlage der geltenden Bundesgesetze die Residenzpflicht auf das Gebiet des Freistaats anordnen könnte, hält Herrmann stur an der Residenzpflicht fest.

Nach einer Weisung des Innenministeriums an die Ausländerbehörden dürfen keine Befreiungen von der Residenzpflicht für die Teilnahme an dem Protestmarsch erteilt werden. Herrmann lässt über seinen Sprecher ausrichten, die Flüchtlinge könnten ja in ihren Regierungsbezirken protestieren. Über die generelle Aufhebung der Residenzpflicht innerhalb Bayerns wird jedoch nicht in Würzburg, Ansbach oder Landshut entschieden. Deshalb ist es absolut nachvollziehbar, dass die Flüchtlinge ihren Protest gegen die Residenzpflicht nach München tragen, dafür gegen diese unsinnige Regelung verstoßen und Geldstrafen oder Gefängnis bis zu einem Jahr in Kauf nehmen. Selbst wenn die Polizei sie in ihre Sammellager zurückbringt, kommen sie wieder zu den Protesten zurück und lassen sich nicht einschüchtern.

Die Praxis der Polizei ist auch nicht mit den Grund- und Menschenrechten auf Meinungsfreiheit (Art. 5 Grundgesetz und Art. 10 Europäische Menschenrechtskonvention) und Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG und Art. 11 EMRK) in Einklang zu bringen. Danach dürfen sich alle Personen frei versammeln und gemeinsam ihre Meinung kundtun.

„Der Bayerische Innenminister setzt alles daran, die Proteste der Flüchtlinge zu unterdrücken, getreu dem Motto: Stell Dir vor, es ist Demo, und keiner darf hin", kritisiert Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats. „Herrmann muss endlich einsehen, dass Flüchtlinge das Recht auf Protest gegen seine Ausgrenzungs- und Abschreckungspolitik haben. Die Proteste öffentlichkeitswirksam unterdrücken zu lassen, mag seinem Wahlkampf als Hardliner für Recht und Ordnung geschuldet sein. Damit verstößt er jedoch gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, die heute ihren 60. Geburtstag feiert und auch in Bayern verbindlich gilt!"

http://www.fluechtlingsrat-bayern.de 03.09.2013 ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die AfD im Aufschwung?

Junge Freiheit Nr. 35 bis 38, 13. September 2013

Hatte das Blatt die Chancen für die „Alternative für Deutschland“ (AfD), bei dieser Wahl in den Bundestag einzuziehen, noch Anfang August für gering gehalten, so ist das Blatt nun allem Anschein nach wild entschlossen, die AfD in ihrem Wahlkampf zu unterstützen. In der Ausgabe 35 berichtet das Blatt über eine Demonstration der AfD zum Wahlkampfauftakt, an der ca. 1000 Leute teilnahmen. Dort erklärte der AfD-Sprecher Bernd Lucke: „Wir haben eine Partei aufgebaut mit 15 000 Mitglieder, mit 16 funktionierenden Landesverbänden, wir haben 16 Landeslisten aufgestellt …, wir haben 80 000 Unterschriften gesammelt und dies alles ohne staatliche Gelder, gegen die Missgunst der herrschenden Politiker, gegen große Teile der Presse und immer gegen die Meinungsforscher.“ Von der Demonstration berichtet das Blatt, selbst wenn der Einzug in den Bundestag nicht klappe, käme ja im nächsten Jahr die Europawahl – und da besteht keine 5%-Hürde.

In der folgenden Ausgabe wird die These entwickelt, die Umfrageergebnisse seien gefälscht. Bernd Lucke sieht seine Partei im Aufwind, die Zustimmung an den Wahlkampfständen sei groß. Aus den Umfrageinstituten wisse er, dass die Umfrageergebnisse zwischen zwei und drei Prozent eigentlich noch höher seien. „So liege die AfD bei Forsa sogar bei acht Prozent, bei Allensbach deutlich über fünf Prozent.“ Die Frage ist, warum diese Ergebnisse so anders veröffentlicht werden. Angeblich liegt es an den Auftraggebern der Umfragen. In derselben Ausgabe veröffentlicht das Blatt eine große Reportage über den AfD-Wahlkampf, in der es mitteilt, dass der Zuspruch für die AfD in Süddeutschland beachtlich sei, in den Großstädten des Nordens jedoch sei es eher schwierig, auf dem Land in Schleswig-Holstein oder Niedersachsen sehr unterschiedlich, dennoch sei die AfD im Aufwind.

In der Ausgabe 37 wird berichtet, die Angriffe gegen die AfD würden schärfer: „Das Klima für die Alternative für Deutschland … wird von Tag zu Tag rauer. Je näher der Wahltag rückt und je mehr sich die Partei in den Umfragen in der Nähe der Fünfprozenthürde behauptet, desto schärfer fallen die Angriffe des politischen Gegners aus.“ Die Umfragewerte bewegten sich zu dem Zeitpunkt zwischen 2,5% und 4%, je nach Institut. Die Schärfe des Angriffs zeige sich darin, dass sich der CDU-Bundesvorstand mit der AfD befasst habe und Schäuble die Partei als „laut plärrenden Populisten“ beschimpft habe. Außerdem habe der Spiegel in einem Artikel mitgeteilt, dass ehemalige Mitglieder der Partei „Die Freiheit“ und der Republikaner nun in der AfD wirkten.

Und in der Ausgabe schließlich titelt das Blatt: „Das wahre Duell – Bundestagswahl: Der gefährlichste Herausforderer für die Bundeskanzlerin heißt nicht Peer Steinbrück, sondern Bernd Lucke von der Alternative für Deutschland“. Das ist ziemlich hoch gegriffen für eine Partei, die in den Umfragen immer noch unter fünf Prozent liegt. Ursache für diese Euphorie ist die Antwort von Angela Merkel auf eine Reporterfrage, eine Koalition mit der AfD stehe nicht zur Debatte. Damit habe die Kanzlerin erstmals überhaupt über die AfD gesprochen. Chefredakteur Dieter Stein sieht in dieser Bundestagswahl eine „historische Entscheidung“: „Das wahre Duell findet nicht zwischen Merkel und SPD-Kanzlerkandidat Steinbrück, sondern mit dem Senkrechtstarter Bernd Lucke von der AfD statt, der mit seiner Partei und einem kreativen Wahlkampf das Feld der CDU-Stammwähler aufrollt. Der Einzug der AfD wäre übrigens ein historischer Einschnitt in der Parteiengeschichte der Bundesrepublik: 52 Jahre nach dem Ausscheiden der konservativen Deutschen Partei bei der Wahl von 1961 gelänge das erste Mal einer bürgerlichen Alternative zur CDU der Einzug in den Bundestag. Es wäre der Anfang einer neuen politischen Arithmetik.“ Es wäre vielleicht auch für das Blatt hilfreich, die gewöhnliche Arithmetik zu berücksichtigen – 4% als höchstes Umfrageergebnisse ist unter der 5%-Hürde.

Außerdem berichtet das Blatt, auf der Abschlusskundgebung am 20. September in Berlin werde nun doch nicht, wie angekündigt, der ehemalige tschechische Staatspräsident Václav Klaus, sprechen, sondern der ehemalige Präsident des slowakischen Parlaments Richard Sulik. Der Auftritt von Václav Klaus sei abgesagt worden, weil in der AfD starke Vorbehalte gegen ihn gegeben habe. Klaus hat mehrfach die Benesch-Dekrete verteidigt, die Grundlage für die Enteignung und die Umsiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei nach dem zweiten Weltkrieg waren. Es schält sich heraus, dass die Einpunkt-Partei der Eurokritik auch in anderen Fragen reaktionäre Positionen vertritt.

uld ■

Aktion gegen neueingeführtes Gutscheinsystem

Einladung des FR NRW zu einem Vernetzungs- und Informationstreffen am 19. September 2013 um 20:00 Uhr in Duisburg.

Seit kurzem hat Duisburg für einen Teil der dort lebenden Flüchtlinge, nämlich für Folgeantragstellerinnen, ein Gutscheinsystem für Lebensmittel eingeführt. Dies bedeutet, dass Sozialleistungen, die zuvor in Bargeld ausgezahlt wurden, nun nur noch in Form eines Gutscheins in Anspruch genommen werden können. Die Umstellung soll Menschen, die bereits einmal als Asylsuchende in Duisburg gelebt haben, vor einer erneuten Einreise abschrecken. Das Gutscheinsystem ist diskriminierend, stigmatisierend, und entwürdigend. Die Betroffenen werden stark in ihrer Entscheidungsfreiheit beim Einkauf eingeschränkt, denn nicht alle Artikel, beispielsweise Genussmittel, können mit den Gutscheinen gekauft werden.

Wir fordern: Solidarität mit den Flüchtlingen!

Daher wollen wir ein Soli-Tauschprojekt einführen, bei dem Unterstützerinnen im Wert des Gutscheins einkaufen und dafür den Flüchtlingen die Summe in bar geben. Wir laden zu einem erstes Vernetzungs- und Informationstreffen ein. An diesem Abend wird außerdem der Film „Der alltägliche Rassismus an den Supermarktkassen“ (Filmpiraten) gezeigt.

http://www.frnrw.de